

# A1NEU3 Stromkonzept 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

Gremium: Rohfassung

Beschlussdatum: 21.08.2018

## Antragstext

1 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

2 Inhalt

3 Stand: 180821

4 I) Zusammenfassung

5 II) Ausgangslage

6 1) Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

7 2) Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst

8 3) Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern besonders schwierig

9 III) Unsere Ziele im Strombereich:

10 100 % erneuerbar, möglichst dezentral und in Bürgerhand

11 IV) Was wir ändern wollen

12 1) Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

13 2) Effizienzpotenziale heben

14 3) KWK in Bayern mehr nutzen

15 4) Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur in Bayern

16 5) Netze anpassen

17 6) Speicherkapazitäten errichten

18 7) Flexibilitäten entwickeln

19 8) Sektorenkopplung anschieben

20 9) Staat und Kommunen werden Vorbilder

21 10) Bürgernahe Beratung

22 11) Rahmenbedingungen ändern

23 V) Global denken, lokal handeln

24 I.) Zusammenfassung

25 Die Energiewende, also die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien, ist  
26 die Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz. Sie ist -neben dem Wandel zu  
27 einer Kreislaufwirtschaft das Kernstück einer großen Transformation hin zu einer  
28 klimaverträglichen und nachhaltigen Wirtschaft. Unser Vorteil: Technisch sind  
29 bei der Energiewende alle Fragen weitgehend gelöst. Uns stehen alle  
30 Möglichkeiten offen. Jetzt gilt es anzupacken.

31 Angesichts der deutlich spürbaren Klimaveränderungen und der Zukunftsprognosen,  
32 die bisher alle noch übertroffen wurden, ist es höchste Zeit, das Tempo bei der  
33 Energiewende zu erhöhen. Dabei geht es um alle Bereiche, in denen Treibhausgase  
34 emittiert werden, also um Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und den Strombereich.

35 Dieses Konzept konzentriert sich auf den Bereich Strom.

36 Bayern liegt mit seinen Klimaschutzbemühungen weit unter dem Bundesdurchschnitt.  
37 Seit 1990 wurden in Bayern gerade einmal 10 % Treibhausgasemissionen eingespart.  
38 Das ist ein Scheitern auf ganzer Linie. Die Staatsregierung hat sich jahrelang  
39 auf dem hohen Atomstromanteil ausgeruht, bremst die Energiewende und setzt nun  
40 vor allem auf Stromimporte, egal welcher Art. Das ist nicht unser Ziel. Wir  
41 wollen bis zum Jahr 2030 100 % Strom aus Erneuerbaren Energiequellen, möglichst  
42 dezentral und in Bürgerhand.

43 Dazu benötigen wir schnell deutlich mehr Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-  
44 Kopplungsanlagen und einen effizienteren Umgang mit Energie. Schädliche  
45 Kraftwerke können nicht nur schneller stillgelegt werden, sondern sie müssen es  
46 auch. Denn sie behindern die Systemumstellung auf 100 % Erneuerbare Energien.  
47 Das neue Stromsystem braucht auch eine andere Infrastruktur. Der Umbau der  
48 Stromnetze und der Aufbau von Stromspeichern sind Grundlage dafür, mit dem im  
49 Tages- und Jahresverlauf schwankenden Stromangebot aus Wind und Sonne gut  
50 umgehen zu können.

51 Bayern hat die besten Voraussetzungen eine echte Vorreiterrolle einzunehmen. Wir  
52 haben eine Vielzahl von Möglichkeiten jetzt den Hebel auf 100 % Erneuerbare  
53 Energien umzustellen. Es braucht jetzt aber dafür eine 100 %ige politische  
54 Unterstützung, vernünftige rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen,  
55 vorbildliches Handeln der staatlichen Stellen und eine Förderung der vielen  
56 Bürger\*innen, die selbst in die saubere Stromversorgung der Zukunft investieren  
57 wollen. Dann kann die Vision eines klimaneutralen Wirtschaftens Realität werden.

## 58 II. Ausgangslage

### 59 1. Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

60 Die Stromversorgung in Bayern ist in einem massiven Umbruch. Vor 10 Jahren wurde  
61 noch fast 60 % des in Bayern verbrauchten Stroms in Atomreaktoren produziert. Im  
62 Jahr 2020 wird der Anteil bei etwa 25 % liegen und in zwei Jahren geht der  
63 letzte der beiden noch in Betrieb befindlichen gefährlichen Reaktoren endgültig  
64 vom Netz.

65 Mit der Stilllegung der Atomkraftwerke sinkt die Eigenstromerzeugung Bayerns und  
66 der Freistaat wird mehr und mehr zum Stromimportland. Wurden die ersten  
67 Atomkraftwerke noch locker von den erneuerbaren Energien ersetzt, die am Anfang  
68 des Jahrzehnts einen großen Boom erlebten, hat sich nun die Situation gedreht.

69 Dies hat neben dem Atomausstieg vor allem drei Gründe:

- 70 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien lahmt in Bayern: die Photovoltaik ist  
71 in den Jahren nach 2012 stark eingebremst worden und erholt sich nur  
72 langsam . Die Windkraft liegt nach einem kurzen Boom (2014 bis 2016)  
73 danieder; die Kombination aus 10H-Regelung und bundesweiten

74 Ausschreibungsbedingungen macht den Neubau nahezu unmöglich.

75

76 Bei Wasserkraft und Biogasanlagen sind die Potenziale weitestgehend  
77 ausgeschöpft. Es ist zu erwarten, dass bei Biogas die erzeugte Strommenge  
78 in nächster Zeit zurückgehen wird. Und last but not least: die  
79 Staatsregierung hat ihre Ausbauziele für die Erneuerbaren für 2025 soweit  
80 heruntergeschraubt, dass sie im Grunde schon jetzt erfüllt sind. Ziele für  
81 die Zeit nach 2025 hat die Staatsregierung nicht aufgestellt.

82 • Die bestehenden Gaskraftwerke erleben gerade eine überraschende  
83 Renaissance. Durch stark gefallene Erdgaspreise auf dem Weltmarkt und  
84 gestiegene Preise beim Emissionshandel haben die Gaskraftwerke häufiger  
85 einen Vorteil gegenüber (Stein-) Kohlekraftwerken. So werden z.B. die  
86 Gaskraftwerke in Irsching, die die Betreiber schon mehrfach stilllegen  
87 wollten nun wieder am Strommarkt teilnehmen.

88 • Es gibt in Bayern noch zwei größere Steinkohlekraftwerke, die jedoch  
89 aufgrund der oben beschriebenen veränderten Situation am Gasmarkt  
90 erhebliche finanzielle Probleme am Strommarkt haben.

91 In der Konsequenz wird – letztlich bestimmt von der Strombörse in Leipzig –  
92 zunehmend öfter und immer mehr Strom importiert. Vor allem aus den norddeutschen  
93 Bundesländern, in denen die Stromproduktion aus Wind und Braunkohle den Markt  
94 zunehmend dominiert.

95 Die energiepolitische Untätigkeit der Staatsregierung treibt Bayern in eine  
96 zunehmende Abhängigkeit von Stromimport. Das ist sogar erklärtes Ziel: Die  
97 Staatsregierung strebt an, im Jahr 2025 etwa 40 bis 50 % des in Bayern  
98 benötigten Stroms zu importieren.

## 99 2. Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst

100 Nach einer kurzen Euphorie nach Fukushima ist das Thema Energiewende wieder vom  
101 Bildschirm der CSU-Staatsregierung verschwunden. Mit der 10H-Regelung wurden  
102 nicht nur Bau und Planung von Windkraftanlagen abgewürgt, sondern auch die  
103 Stimmung gegen Windkraft deutlich geschürt. Der Ausbau der Photovoltaik erholt  
104 sich nur langsam vom kalkulierten Zusammenbruch durch die letzten EEG-Novellen.  
105 Biogasanlagen laufen zum großen Teil immer noch rund um die Uhr, obwohl absehbar  
106 ist, dass sie zukünftig vor allem in den Stunden gebraucht werden, wenn Wind und  
107 Sonne zu wenig Strom liefern.

108 Zudem fallen ab dem Jahr 2020 allmählich immer mehr Anlagen aus der  
109 Vergütungsregelung des EEG. Ohne Perspektiven für einen guten Weiterbetrieb  
110 werden viele, technisch funktionsfähige Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen  
111 stillgelegt. Es droht sogar ein Rückschritt, wenn die Regierung nicht tatkräftig  
112 gegensteuert.

## 113 3. Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern besonders 114 schwierig

115 Weil in Bayern weniger als 5 % des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt wird, die  
116 Gaskraftwerke kaum in den Markt kommen und in der Vergangenheit der größte Teil

117 des Stroms aus Atomkraftwerken kam, sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Strombereich  
118 im Vergleich zu anderen Bundesländern in Bayern gering. Im Klimaschutzkonzept  
119 der grünen Landtagsfraktion (Link) wurde der Anteil des Strombereichs auf 12 %  
120 an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen berechnet. Kann der Atomstrom nicht durch  
121 erneuerbare Energien ersetzt werden, droht ein massiver Anstieg der  
122 Treibhausgasemissionen aus dem Strombereich. Dies kann zu einer Verdopplung oder  
123 gar Verdreifachung der CO<sub>2</sub> Emissionen pro Jahr führen. Die ohnehin miserable  
124 Klimabilanz der Staatsregierung würde sich also nochmals verschlechtern.

125 Grafik: Verteilung VERTEILUNG DER CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN IN BAYERN AUF SEKTOREN

### 126 **III. Unsere Ziele im Strombereich: 100 %** 127 **erneuerbar, möglichst dezentral und in** 128 **Bürgerhand**

129 Für wirksamen Klimaschutz ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend.  
130 Im Strombereich ist die Technologie am weitesten fortgeschritten.

131 Daher ist unser Ziel im Strombereich ein Dreifaches:

- 132 • 100 % Erneuerbare Energien bis 2030 in Bayern
- 133 • möglichst dezentral
- 134 • und in Bürgerhand

135 Klare Priorität hat der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Klimaschutz  
136 als eine der großen Herausforderungen verlangt eine rasche und konsequente  
137 Umstellung unserer Stromerzeugung: weg vom nuklear-fossilen Kraftwerkspark hin  
138 zu Erneuerbaren Energien.

139 Die Dezentralität ergibt sich einerseits aus der Technologie: Erneuerbare  
140 Energien werden in der Fläche gewonnen und sie führen den Flächenbedarf näher an  
141 uns heran, als weit entfernte Uran- oder Kohleabbaugebiete, Erdölfelder oder  
142 Gasexplorationen. Andererseits ist die Dezentralität aber auch ein Gewinn für  
143 die Versorgungssicherheit. Die Stromversorgung gehört heutzutage zur „kritischen  
144 Infrastruktur“. Zentrale Versorgungsstrukturen sind wesentlich verletzlicher und  
145 damit ist eine dezentrale Stromversorgungsstruktur weniger anfällig gegen äußere  
146 Einwirkungen. Meist kann eine dezentrale Energieversorgungsstruktur auch die  
147 Effizienzpotenziale (Kraft-Wärme- Kopplung, Sektorenkopplung) besser nutzen.

148 Unserer Meinung nach gehört die Energiewende aus grundsätzlich demokratischen  
149 Überlegungen heraus in Bürgerhand. Jahrzehntlang haben in Deutschland einige  
150 wenige Stromkonzerne die Entwicklung bestimmt. Erst durch die Anti-Atom- und  
151 Umwelt-Bewegung wurden diese Monopole und ihre Politik in Frage gestellt. Ein  
152 Wirtschaftszweig, von dem alle Bürger\*innen fast existenziell abhängig sind,  
153 sollte nicht von wenigen profitorientierten Unternehmen gesteuert werden.

## 154 IV. Was wir ändern wollen

### 155 1. Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

156 Wir können in Bayern 100 % unseres Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien  
157 selbst erzeugen. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, steigert die  
158 Effizienz, reduziert Verluste und erhöht die Versorgungssicherheit.

#### 159 Windenergie

160 Der größte Nachholbedarf besteht bei der Windenergie. Dazu muss die 10H-Regelung  
161 (vereinfacht gesagt, die Auflage, dass Windkraftanlagen den 10-fachen Abstand  
162 ihrer Höhe zum nächsten Wohnhaus aufweisen müssen) schnell aufgehoben werden.  
163 Die 10H-Regelung hat zahlreiche Windkraftprojekte abgewürgt. Vor allem hat sie  
164 auch eine Stimmung gegen Windkraft im Land mobilisiert. Wir wollen die 10H-  
165 Regelung ersatzlos abschaffen. Gute Planungen ermöglichen einen Ausbau der  
166 Windkraft in Bayern und halten negative Auswirkungen auf Mensch und Natur, etwa  
167 durch Lärm, Schattenwurf oder Vogelschlag, gering.

168 Aber auch die neuen Ausschreibungsbedingungen für Windkraft, die die  
169 Bundesregierung beschlossen hat, behindern den Ausbau der Windkraft. Wir wollen  
170 uns in Berlin dafür einsetzen, dass auch Windkraftprojekte in Bayern eine Chance  
171 haben.

172 Durch eine sogenannte De-minimis-Regel, die es erlaubt, kleineren Windparks auch  
173 ohne Ausschreibungsverfahren eine EEG-Vergütung zu bekommen, können kleinere  
174 Projekte ohne den Aufwand des Ausschreibungsverfahrens einfacher realisiert  
175 werden. Insgesamt soll das jährliche Ausschreibungsvolumen auf Bundesebene auf  
176 mindestens 5.000 Megawatt angehoben werden. Bei den Ausschreibungen soll durch  
177 eine regionale Quote (bzw. durch Regionalausschreibungen oder durch Änderungen  
178 der Bestimmungen des Referenzertragswerts) der Bau von Windkraftanlagen im Süden  
179 gezielt vorangetrieben werden.

180 Die Landes- und Regionalplanung soll, wie in den Jahren vor Einführung der 10H-  
181 Regel, wieder aktiv mit den Kommunen Flächen für die Windkraft ausarbeiten und  
182 vorhalten. Dazu werden die Kompetenzen der regionalen Planungsverbände gestärkt.  
183 Wir wollen 2 % der Landesfläche für Windkraftnutzung zur Verfügung stellen.

184 Die Bayerischen Staatsforsten sollen den Ausbau der Windkraft wieder  
185 unterstützen.

#### 186 Solarenergie

187 In Bayern wird das große Potenzial, das sich aus den überdurchschnittlich  
188 vielen Sonnenscheinstunden ergibt, nicht annähernd genutzt. Die Staatsregierung  
189 soll sich dafür einsetzen, dass die so genannte „Sonnensteuer“ (=EEG-Umlage für  
190 selbstgenutzten Strom) wieder abgeschafft wird und PV-Anlagen unter 1 MWp nicht  
191 den Ausschreibungsregelungen unterworfen werden, sondern unter die De-Minimis-  
192 Regelung fallen. Wir streben einen jährlichen, bundesweiten Ausbau von  
193 mindestens

194 7.000 Megawatt an. Und natürlich sollen die Dächer der staatlichen  
195 Liegenschaften Solarenergie nutzen – entweder zur Strom- oder Wärmeerzeugung  
196 oder noch besser für beides.

197 Solarenergie ist auf Grund ihrer Technik, die ideale Bürgerenergie. Dazu kam im  
198 Juni 2018 aus Brüssel ein gutes Signal. Dort wurde vorgeschlagen, dass zukünftig  
199 Ökostrom bis 25 KW abschlagfrei produziert und gehandelt werden darf.

#### 200 Biomasse

201 Das Potenzial bei der Stromerzeugung aus Biogas bzw. Biomasse ist weitgehend  
202 ausgeschöpft. Zwei wesentliche Punkte sind jedoch zu korrigieren:

203 Zum einen müssen die Biogasanlagen stärker ökologisiert werden. Wir setzen uns  
204 dafür ein, dass mehr Reststoffen und Gülle und weniger Mais eingesetzt werden.  
205 Mais soll neben Reststoffe und Gülle auch von anderen Energiepflanzen ersetzt  
206 werden, wie z.B. die durchwachsene Sylphie. Wir wollen auch bei den  
207 Energiepflanzen die Fruchtfolge fördern.

208 Zum andern wird zunehmend problematisch, dass Biogasanlagen rund um die Uhr  
209 betrieben werden, also auch in Zeiten, in denen ausreichend Solarstrom in Bayern  
210 angeboten wird. Es ist unser Ziel, die Stromerzeugung aus Biogas bzw. Biomasse so  
211 zu flexibilisieren, damit diese Stromerzeugung sich stärker an der Nachfrage und  
212 am Angebot von Solar- oder Windstrom orientieren kann. Dafür müssen die  
213 Biogasanlagen der Zukunft mit einem größeren Gasspeicher ausgestattet werden und  
214 ein zusätzlicher Motor die schnelle Einspeisung garantieren. Diese  
215 Flexibilisierung gilt es zu fördern.

#### 216 Wasserkraft

217 Auch das Potenzial der Wasserkraft ist weitgehend erschöpft. Wichtig ist es,  
218 dass der von der Staatsregierung seit Jahren angekündigte Wasserkrafterlass in  
219 enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen- und Naturschutzverbänden  
220 endlich erarbeitet und veröffentlicht wird. Bei der Ertüchtigung und  
221 Modernisierung von großen Wasserkraftwerken (größer als 1 MW) soll die  
222 Staatsregierung mit den Betreibern und den Naturschutzverbänden ein Konzept zur  
223 Ertüchtigung vorlegen. Um die Wirksamkeit neuer Technologien in diesem Bereich  
224 zu überprüfen, wollen wir Modellprojekte für mehr Fischschutz bei bestehenden  
225 Wasserkraftanlagen fördern. Mit einer Studie sollen die zahlreichen bestehenden  
226 Querbauwerke in den bayerischen Fließgewässern untersucht werden, mit dem Ziel,  
227 zu klären, welche davon abgebaut oder so umgebaut werden können, dass eine  
228 ökologische Wasserkraftnutzung bei gleichzeitiger Verbesserung der  
229 Gewässerökologie möglich ist.

#### 230 Geothermie

231 Die Geothermie hat, wie ihr Name schon sagt, ihr größtes Potential im  
232 Wärmebereich. Hier gilt es sie stark zu fördern. Der Beitrag der geothermischen  
233 Stromerzeugung wird insgesamt jedoch überschaubar bleiben. Dennoch wollen wir  
234 sie gerade im Voralpenland in Kombination mit einer regenerativen Wärmeerzeugung  
235 fördern. Die tiefe Geothermie ist eine ständig verfügbare Energiequelle und kann  
236 ein auf Sonne und Wind ausgerichtetes Stromsystem gut ergänzen. Die größten  
237 wirtschaftlichen

238 Unsicherheiten bestehen bei der Bohrung, noch bevor der tatsächliche Ertrag  
239 wirklich abschätzbar ist. Wir fordern daher die Übernahme von Bürgschaften durch  
240 den Freistaat.

## 241 2. Effizienzpotenziale heben

242 Die sauberste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt bzw. verbraucht wurde.

243 Die Einsparung von Strom bzw. die effiziente Nutzung von Strom ist also eine  
244 äußerst umweltfreundliche Maßnahme. Die zahlreichen Befreiungen für  
245 stromintensive Großbetriebe und der niedrige Börsenstrompreis führen dazu, dass  
246 gerade im energieintensiven industriellen Bereich die Potenziale zur  
247 Stromeinsparung nicht genutzt werden. Daher ist es nötig hier die  
248 Rahmenbedingungen zu ändern (siehe unter Punkt 4.k).

249 Im Bereich der Haushalte und des Gewerbes ist vor allem Information, Beratung  
250 und Unterstützung erforderlich. Wir wollen regionale Energieagenturen aufbauen  
251 und kommunale Klimaschutzbeauftragte fördern, die Kommunen, Unternehmen und  
252 Privatpersonen beraten und Stromsparkampagnen initiieren. Sie werden unterstützt  
253 von einer landesweiten Energieagentur.

254 Wir wollen, dass die Staatsregierung in den eigenen Liegenschaften  
255 Stromsparmöglichkeiten umsetzt und die Kommunen bei der Stromeinsparung in  
256 kommunalen Liegenschaften fördert. Die Förderprogramme des Freistaats und die  
257 Beschaffungsleitlinien sollen sich wesentlich am Ziel der Strom- bzw.  
258 Energieeinsparung orientieren.

259 Insgesamt sind hier Einsparungen von 20- 30 % möglich. Andererseits werden aber  
260 in den Bereichen Wärme und Mobilität große, neue Verbrauchsbereiche entstehen.  
261 Das ist sinnvoll, da Strom sehr leicht erneuerbar erzeugt werden kann. Der  
262 Stromverbrauch insgesamt wird aber im Jahr 2030 sicherlich weit über dem  
263 heutigen liegen. Die Infrastruktur ist darauf entsprechend auszurichten (s.  
264 Kapitel IV, 5-8).

## 265 3. KWK in Bayern mehr nutzen

266 Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine der effizientesten  
267 Stromerzeugungsmöglichkeiten. Die KWK-Anlagen werden in den meisten Fällen mit  
268 Erdgas betrieben, können aber natürlich auch mit Biomasse oder zunehmend mit  
269 erneuerbarem Gas befeuert werden. Insbesondere in den verdichteten  
270 Siedlungsgebieten und in den Gebieten mit gewerblichem bzw. industriellem  
271 Wärmebedarf sehen wir sinnvolle Anwendungen für den Ausbau der KWK.

272 Die KWK-Anlagen sind einerseits eine Übergangstechnologie für den Zeitraum eines  
273 schnellen Atom- und Kohleausstiegs, gleichzeitig aber auch eine langfristige  
274 Zukunftstechnologie für die Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Biogas oder  
275 Power-to-gas.

276 Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die KWK  
277 verbessert werden und die bestehende Förderung zeitlich verlängert wird.

278 In Bayern wollen wir ein flächendeckendes Wärme- und Kältekataster erarbeiten um  
279 den Bau von KWK-Anlagen zu unterstützen. Mit einer Informationskampagne für  
280 potenzielle Investoren sollen die Vorteile der KWK bekannter gemacht werden.

281 In staatlichen Bestandsgebäuden und kommunalen Liegenschaften ist der Bau von  
282 KWK-Anlagen zu verstärken. Ab einem bestimmten Wärmebedarf sind bei  
283 energetischen Sanierungen KWK-Anlagen eine sehr gute Möglichkeit den Wärmebedarf

284 zu decken und gleichzeitig Strom zu erzeugen. Erstes Ziel bleibt aber immer den  
285 Verbrauch erstmal soweit als möglich zu senken und den Restbetrag mit  
286 erneuerbaren Energien (v.a. Solar- oder Geothermie) direkt zu decken. Erst  
287 danach ist über eine KWK Anlage nachzudenken.

#### 288 4. Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur 289 in Bayern

290 Die beiden noch laufenden Atomkraftwerke in Bayern sind nicht nur ein enormes  
291 Sicherheitsrisiko und ein ständiger Produzent von hochradioaktivem Atommüll,  
292 sondern sie behindern darüber hinaus sehr stark die Energiewende. Weil sie  
293 schwerfällig zu regulieren sind, werden sie auch betrieben, wenn die  
294 Erneuerbaren Energien die Stromversorgung in Bayern alleine übernehmen könnten.  
295 Das passiert in den Sommermonaten, insbesondere an Wochenenden, immer häufiger.  
296 Dieses Überangebot führt dazu, dass der Strompreis immer öfter in den negativen  
297 Bereich rutscht. In weit über 100 Stunden im Jahr können große Stromverbraucher  
298 Strom nicht nur kostenlos verbrauchen, sondern bekommen auch noch „Prämien“  
299 dafür.

300 Wir wollen die beiden Atomkraftwerke schneller stilllegen als im Atomgesetz  
301 vorgesehen. Insbesondere der letzte deutsche Siedewasserreaktor, der Block  
302 Gundremmingen C, ist aus unserer Sicht ein vollkommen überflüssiges  
303 Sicherheitsrisiko. Seine Stromproduktion könnte problemlos von bestehenden  
304 bayerischen Gaskraftwerken übernommen werden.

305 Wir wollen eine rasche und gründliche Sicherheitsüberprüfung für Gundremmingen  
306 und werden keinen Sicherheitsrabatt für die letzten Betriebsjahre geben.

307 Wegen der jahrzehntelangen, sehr einseitigen Ausrichtung auf Atomkraftwerke gibt  
308 es in Bayern nur zwei Kohlekraftwerke: das Heizkraftwerk München Nord und ein  
309 Kohlekraftwerk in Zolling. Das Kohlekraftwerk Zolling sollte unseres Erachtens  
310 zügig aus dem Markt genommen werden, da es durch bestehende Gaskraftwerke  
311 ersetzt werden kann. Es reicht vollkommen aus, wenn es als „systemrelevantes  
312 Kraftwerk“ als Reserve in netzkritischen Zeiten zur Verfügung steht.

313 Der Ersatz des Kohlekraftwerks München Nord ist umfassender zu planen, da das  
314 Kraftwerk auch einen wesentlichen Teil der Fernwärmeversorgung Münchens abdeckt.  
315 Eine umweltfreundliche Umstellung der Fernwärmeversorgung erfordert neue  
316 Investitionen, etwa in Geothermieprojekte, Abwärmenutzung, erneuerbare  
317 Wärmequellen, Wärmespeicher oder Gaskraftwerke.

318 In der aktuellen energiewirtschaftlichen und politischen Situation wird sich  
319 Bayern in den nächsten Jahren massiv von Stromimporten abhängig machen. In  
320 Bayern werden Atomkraftwerke abgeschaltet, Erneuerbare Energien ausgebremst und  
321 bestehende Gaskraftwerke kommen nicht in den Markt. Die Überkapazitäten an  
322 fossilen und nuklearen Kraftwerken führen zu niedrigen Strompreisen an der  
323 Strombörse und führen in der Konsequenz dazu, dass Bayern Strom aus  
324 Norddeutschland in erheblichen Umfang importieren wird. Dies ist teilweise  
325 Windstrom, aber auch Braunkohlestrom. Die Staatsregierung geht davon aus, dass  
326 im Jahr 2025 fast 50 % des Stroms importiert wird. In Spitzenzeiten hätten wir  
327 dann eine Importabhängigkeit von 70/ 80 %. Diese starke Importabhängigkeit  
328 halten wir für falsch.



329 Ein zügiger Ausstieg aus der Braunkohle ist daher auch in bayerischem Interesse,  
330 aus drei Gründen:

- 331 • Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss geht zurück.
- 332 • Die bestehenden modernen Gaskraftwerke kommen in den Markt.
- 333 • Die Importabhängigkeit Bayerns sinkt.

334 Darum setzen wir uns auch aus bayerischem Interesse für einen schnellen Ausstieg  
335 aus der Braunkohleverstromung ein.

## 336 5. Netze anpassen

337 Die Stromversorgungsstruktur in Deutschland befindet sich im Umbruch. Die  
338 Bedeutung großer zentraler Kraftwerke sinkt und eine Fülle dezentraler  
339 Stromerzeuger tritt in den Markt ein. Das verlangt auch einen Umbau der  
340 Infrastruktur im Bereich der Stromverteilung und -übertragung.

341 Der größte Anpassungsbedarf ist auf Ebene der Verteilnetze. Hier wurde in den  
342 letzten Jahren schon erheblich investiert. Im Zuge des weiteren Ausbaus der  
343 Erneuerbaren Energien muss darauf geachtet werden, dass der Ausbau der  
344 Verteilnetze damit Schritt halten kann. Dazu sind auf Bundesebene Änderungen im  
345 rechtlichen Ordnungsrahmen nötig. So gilt es den Verteilnetzbetreibern (z.B. den  
346 Stadtwerken) die Möglichkeiten des Einsatzes von Stromspeichern generell zu  
347 ermöglichen.

348 Eine großräumigere Verteilung von Strom ist sinnvoll, weil es im Laufe des  
349 Jahres häufig regionale Stromüberproduktionen geben wird. In der Regel ist es  
350 volkswirtschaftlich ökonomischer und ökologischer diese regionalen  
351 Überproduktionen durch ein Leitungssystem erstmal dorthin zu verteilen, wo zu  
352 diesem Zeitpunkt Strombedarf herrscht. Erst wenn der aktuelle Bedarf gedeckt  
353 ist, sollte überschüssiger Strom möglichst verlustarm gespeichert werden. Daher  
354 halten wir – neben anderen Argumentationen, wie z.B. der Netzstabilität – den  
355 geplanten Bau von HGÜ- Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland in  
356 diesem Umfang für sinnvoll.

## 357 6. Speicherkapazitäten errichten

358 Die beiden großen Säulen der Energieversorgung der Zukunft sind Sonne und Wind.  
359 Da diese nicht rund um die Uhr zur Verfügung stehen, gewinnt die Frage der  
360 Stromspeicherung zunehmend an Bedeutung. Es gibt unterschiedliche  
361 Stromspeichertechnologien und unterschiedliche Bedarfe. Für eine Vollversorgung  
362 mit Erneuerbaren Energien werden aller Voraussicht nach verschiedene  
363 Technologien zum Einsatz kommen.

364 In den nächsten Jahren ist vor allem die Kurzzeitspeicherung von Strom über  
365 einige Stunden oder Tage von Bedeutung, z.B. um Solarstrom vom Tag am Abend und  
366 in der Nacht zu nutzen, oder auch um Windstrom zu speichern, der oft nachts  
367 produziert wird und dem kein entsprechender Bedarf gegenübersteht.

368 Für die kurzfristige Speicherung bieten sich vor allem Batteriespeicher und  
369 Pumpspeicherkraftwerke an. Beide Technologien haben ihre spezifischen Vorteile.

370 Welche davon sich ökonomisch durchsetzen wird, ist derzeit nicht absehbar, zumal  
371 die Rahmenbedingungen für beide Technologien nicht gleich sind.

372 Bayern hat eine große Zahl von Gebieten, die für die Nutzung durch  
373 Pumpspeicherkraftwerke geeignet sind. Mögliche Standorte sind im  
374 Genehmigungsverfahren eingehend unter ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten.  
375 Zur Realisierung sind aber auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen zu  
376 verändern. Der Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken ist in den letzten Jahren  
377 wenig lukrativ geworden. So wird beispielsweise in Bayern das bestehende  
378 Pumpspeicherkraftwerk Happburg aus ökonomischen Gründen derzeit nicht repariert.

379 Wir wollen die von der Staatsregierung vorgelegte Untersuchung von möglichen  
380 Pumpspeicherkraftwerken unter ökologischen Gesichtspunkten vergleichend bewerten  
381 und anschließend die Planung von Pumpspeicherkraftwerken in die Landesplanung  
382 aufnehmen.

383 Aufgrund der hohen Investitionskosten und der langen Nutzungszeit von  
384 Pumpspeicherkraftwerken sind eine Harmonisierung der rechtlichen  
385 Rahmenbedingungen zwischen Deutschland, Österreich und Schweiz von grundlegender  
386 Bedeutung, um Investitionssicherheit für potenzielle Investor\*innen zu schaffen.  
387 Ferner ist anzustreben, dass Stromspeicher auch als Regelenergieanbieter im  
388 Markt tätig werden können.

389 Auch die Nutzung der bestehenden privaten Speicher im Schwarmmodell muss  
390 erleichtert werden.

391 Mittel- und langfristig wird die Speicherung über längere Zeiträume nötig  
392 werden, wenn wir die Stromversorgung klimaneutral gestalten wollen. Durch die  
393 Zunahme des Stromverbrauchs im Zuge der Sektorkopplung (siehe 4h) wird es v.a.  
394 im Winter zu hohen Bedarfsspitzen kommen. Eine jahreszeitliche Speicherung mit  
395 chemischen Speichern ist deshalb notwendig.

396 Für diese längerfristige Speicherung wird aller Voraussicht nach kein Weg an der  
397 „Power-to-gas-Technologie“ (PtG) vorbeigehen. Wir müssen heute damit beginnen,  
398 diese Zukunftstechnologie in der Praxis einzusetzen, um Wirkungsgrade weiter zu  
399 steigern und v.a. Kosten zu reduzieren. Moderne PtG Anlagen können heute bei der  
400 Wasserstoffherstellung bereits einen Wirkungsgrad von bis zu 75 % erreichen.

## 401 7. Flexibilitäten entwickeln

402 Ein großes systemisches Problem der Energieversorgung auf Basis erneuerbarer  
403 Energien ist die Tatsache, dass der Stromverbrauch und das Angebot an Wind- und  
404 Sonnenenergie zeitlich nicht synchron laufen. Es wird also Zeiten geben, mit  
405 einem hohen Angebot an Wind- und/oder Solarstrom bei gleichzeitigem geringen  
406 Bedarf und umgekehrt Zeiten mit einem sehr geringen Angebot an Wind- und  
407 Solarstrom und einem vergleichsweise hohen Bedarf, vielleicht sogar über mehrere  
408 Wochen. In der Fachwelt spricht man von einer sog. „Dunkelflaute“.

409 Daher liegt ein wesentlicher Baustein der zukünftigen Energieversorgung in der  
410 Entwicklung von Flexibilitäten, sowohl beim Stromverbrauch, wie bei der  
411 Stromeinspeisung.

412 Für die Flexibilitäten stehen verschiedene Technologien zur Verfügung, wie z.B.  
413 flexibel einspeisende Biogasanlagen oder Wasserkraftwerke, Stromspeicher der

414 verschiedenen Arten, KWK-Anlagen oder schnell einsetzbare Gaskraftwerke. Die  
415 Flexibilität ist aber nicht nur auf der Stromangebotsseite sinnvoll, sondern  
416 auch auf der Nachfrageseite.

417 Eine wichtige Baustelle der Zukunft wird es sein, auch die Nachfrage nach Strom  
418 teilweise dem Angebot anzupassen. Also dann mehr Strom zu verbrauchen, wenn  
419 Strom im Überfluss (und billig) zur Verfügung steht, und weniger zu verbrauchen,  
420 wenn er knapp (und teuer) ist. Das ist bei Kühlprozessen oder auch bei  
421 hochautomatisierter Fertigung bereits heute möglich. Der erste Schritt wäre die  
422 Einführung von lastvariablen Tarifen, wie es das Energiewirtschaftsgesetz  
423 eigentlich schon längst vorschreibt. Dann würden die Verbraucher belohnt, die  
424 ihr Stromverbrauch der Angebotsseite anpassen und z.B. dann ihr Auto laden, wenn  
425 Strom ausreichend zur Verfügung steht.

426 Es fehlt nicht an der Technologie, sondern vielmehr an den wirtschaftlich-  
427 rechtlichen Rahmenbedingungen. Das in vielen Untersuchungen ermittelte Potenzial  
428 des „Lastmanagement“ lohnt sich kaum, wenn durch vorhandene Überkapazitäten am  
429 Strommarkt der Strompreis an der Börse bei 2 oder 3 Cent/kWh liegt.

430 Daher ist ein Kohleausstieg auch nötig, damit sich ein Markt für Flexibilität  
431 überhaupt entwickeln kann, in dem dann verschiedene Technologien, aber auch  
432 Marktmechanismen wirken können. Dazu ist es wichtig, dass die Preissignale, die  
433 derzeit an der Strombörse gebildet werden, auch tatsächlich bei den  
434 Verbraucher\*innen ankommen. Denn heute verdient vor allem der Stromversorger  
435 daran, wenn viel Wind weht und er den Strom billig einkaufen kann, während die  
436 Haushalte vollkommen unabhängig davon immer den gleichen Preis pro kWh bezahlen  
437 müssen.

438 Teil der Flexibilität sind natürlich auch die Stromnetze und Stromspeicher. Mit  
439 ihnen ist auch die Möglichkeit für regionale Flexibilitätsmärkte gegeben. (Siehe  
440 4e und 4f)

441 Auch die Sektorenkopplung kann in dem Flexibilitätsmarkt eine Rolle spielen, wie  
442 im nächsten Kapitel erläutert wird.

## 443 8. Sektorenkopplung anschieben

444 In der Vergangenheit wurden die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität meist  
445 getrennt betrachtet. Die Trennung dieser Bereiche löst sich allmählich auf. Ein  
446 wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist die Elektromobilität, weil gerade im  
447 privaten Bereich viele E-Auto-Batterien auch durch die eigene PV-Anlage geladen  
448 werden. Immer öfter wird auch diskutiert, ob E-Auto-Batterien auch vom  
449 Stromversorger zur Speicherung genutzt werden können. Zunehmend häufiger wird  
450 auch billiger „Überschussstrom“ genutzt um Wärme zu erzeugen, welche dann auch  
451 gut gespeichert werden kann.

452 Wärmepumpen sind heute die häufigste Art der Beheizung von neugebauten  
453 Wohnhäusern. Die Grenzen der alten Einsatzbereiche von Strom lösen sich also  
454 immer stärker auf.

455 Sowohl unter Effizienzgesichtspunkten, aus Klimaschutzgründen aber auch aus  
456 Gründen der volkswirtschaftlichen Rentabilität sind viele Beispiele der  
457 Sektorenkopplung sinnvoll. So kann es oft effizienter sein, mit „überflüssigem“  
458 Windstrom Gebäude zu beheizen, anstatt ihn aufwändig zu speichern. In welchen

459 Fällen die Sektorenkopplung sinnvoll ist, hängt entscheidend von der Art und  
460 Weise ab, wie der „Ausgangsstrom“ produziert wurde.

461 Da in den letzten Jahren die energiepolitischen Rahmenbedingungen oft geändert  
462 wurden und wenig verlässlich waren, sind Investitionen in diesem Bereich mit  
463 einem gewissen Risiko behaftet. Ein klarer und verlässlicher Rechtsrahmen kann  
464 und muss daher die Investitionssicherheit schaffen. (zu den rechtlichen  
465 Rahmenbedingungen siehe auch 4k)

## 466 9. Staat und Kommunen werden Vorbilder

467 Die Energiewende ist in den erfolgreichen Jahren vor allem eine  
468 Bürgerenergiewende gewesen. Die traditionelle Energiewirtschaft und in ihrem  
469 Gefolge die Regierungsparteien der letzten Jahre von CDU, CSU, SPD und FDP haben  
470 sich der Energiewende widersetzt. Erst nach dem Atomunfall von Fukushima haben  
471 sich auch die Unionsparteien, wenn auch zum großen Teil nur halbherzig, zur  
472 Energiewende bekannt.

473 Für die Umsetzung der Energiewende ist es von großer Bedeutung, dass sich die  
474 staatlichen Stellen nicht nur verbal, sondern auch durch aktives Handeln für  
475 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz engagieren.

476 Dabei geht es vor allem um das Handeln in eigenen Bereich. Wir wollen, dass die  
477 Dachflächen der staatlichen Gebäude zur Nutzung der Sonnenenergie dort  
478 vollständig genutzt werden, wo es technisch möglich ist. Wir wollen bei der  
479 Beheizung der staatlichen Gebäude den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung  
480 vervielfachen. Die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude muss  
481 vorangetrieben und dabei auch alle Möglichkeiten der Stromeinsparung und der  
482 effizienten Stromnutzung umgesetzt werden. Bei der Beschaffung bzw.  
483 Ausschreibung von Gütern und Dienstleistungen müssen ökologische Kriterien, wie  
484 etwa der Energieverbrauch über den gesamten Lebenszyklus, stärker berücksichtigt  
485 werden. Alle staatlichen Gebäude sollen zukünftig mit echtem Ökostrom aus  
486 jüngeren EE-Anlagen beliefert werden.

487 Wir wollen, dass der Freistaat die Kommunen unterstützt, damit auch diese in  
488 ihren Liegenschaften die Energiewende zügig umsetzen. Dies könnte z.B. mit einem  
489 Solarkataster für alle kommunalen Liegenschaften erfolgen, welches der Freistaat  
490 erstellt und den Kommunen zur Verfügung stellt.

## 491 10. Bürgernahe Beratung

492 Viele Menschen wollen selber aktiv in die Energiewende investieren, fühlen sich  
493 aber bei der Entscheidung für bestimmte Technologien und beim bürokratischen  
494 Aufwand bei der Nutzung von Förderprogrammen schnell überfordert.

495 Wir fordern Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Sie  
496 liefern eine unabhängige, niederschwellige und kompetente Beratung für  
497 Privatpersonen (sowohl Hausbesitzer\*innen, als auch Mieter\*innen), aber auch für  
498 Gewerbe und Unternehmen sowie Kommunen. Erfahrungen haben gezeigt, dass  
499 Energieagenturen in ihren Regionen eine starke Dynamik für die Energiewende  
500 auslösen können.

501 Die regionalen Energieagenturen leisten darüber hinaus aber auch allgemeine  
502 Öffentlichkeitsarbeit und können Fortbildungen für das einschlägige Handwerk  
503 anbieten.

504 Der Vorteil der regionalen Energieagenturen bzw. der kommunalen  
505 Klimaschutzmanager ist ihre gute Kenntnis der regionalen Gegebenheiten und des  
506 regionalen Marktes. Durch ihre regionale Bekanntheit können sie sich nach und  
507 nach Netzwerke aufbauen und bei Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen  
508 gefragte Experten werden.

509 Auf der Ebene des Freistaats wollen wir eine Landesenergieagentur schaffen. Sie  
510 betreibt allgemeine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, unterstützt den  
511 Aufbau der regionalen Energieagenturen und bietet überregionale Informationen  
512 für einzelne Branchen an.

## 513 11. Rahmenbedingungen ändern

514 Die Stromwirtschaft hat sich mit der Liberalisierung des Strommarkts 1998  
515 deutlich gewandelt. Der Versuch, die Energiewende zu steuern, hat in den  
516 vergangenen Jahren zu einer kaum mehr zu überblickenden Gesetzes- und  
517 Regelungsflut geführt. Ursache dafür ist die seit Jahren anhaltende Situation,  
518 dass in einen – mit fossilen und nuklearen (und steuerlich längst  
519 abgeschriebenen) Kraftwerken – übersättigtem Strommarkt jetzt neue, saubere,  
520 erneuerbare Technologien gebracht werden sollen. Ohne eine Stilllegung der alten  
521 Kraftwerke führt dieser Versuch, den Strommarkt zu lenken, zu einer Fülle von  
522 Regelungen. Beispielhaft sei nur genannt, dass im normalen Haushaltsstrompreis  
523 mittlerweile acht staatliche Steuern und Umlagen, sowie zwei Netzentgelte  
524 enthalten sind. Aber auch für Betreiber von EE-Anlagen ist der bürokratische  
525 Aufwand enorm gestiegen.

526 Die Fülle der neuen Regelungen auf Bundesebene haben zu einer  
527 Unübersichtlichkeit der Regelungen geführt, die für alle beteiligten Unternehmen  
528 einen immensen Aufwand ausgelöst haben. Beispielhaft dafür steht das EEG,  
529 welches mit über 100 Paragraphen zu einem bürokratischen Ungetüm mit  
530 undurchschaubaren Vorschriften verkommen ist.

531 Zudem sind viele Regelungen geschaffen worden, um Einzelinteressen abzufedern.  
532 Es fehlt an einer klaren Orientierung zum Klimaschutz.

533 Wir unterstützen daher die Idee einer nationalen CO<sub>2</sub>-Abgabe, die Schluss macht  
534 mit tausenden Einzelregelungen. Eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe ist deshalb ein gutes  
535 Instrument, weil sie sich an den tatsächlichen Verursachern des Treibhauseffekts  
536 orientiert und damit sinnvoll lenkend den Markt beeinflusst. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist  
537 keine zusätzliche Abgabe, sie ersetzt den bisherigen „Wildwuchs“ an  
538 verschiedenen Umlagen im Strombereich. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe soll zukünftig in  
539 vorhersehbaren und geplanten Schritten steigen, um die Lenkungswirkung voll zu  
540 entfalten. Zudem wird die Reduzierung auf eine Abgabe den Bürokratieaufwand  
541 deutlich absenken.

542 Die Kosten für den Umbau des Energiesystems sind nicht gerecht verteilt.  
543 Großverbraucher und energieintensive Industrie werden durch verschiedene  
544 Regelungen massiv subventioniert. Privathaushalte, Kleingewerbe und Mittelstand  
545 tragen die Hauptkosten. Diese Subventionierung einerseits und die ungerechte

546 Verteilung zu Lasten von Privatpersonen und Mittelstand muss schrittweise aber  
547 konsequent abgebaut werden.

548 Für Privatpersonen und kleinere Unternehmen sind Investitionen in Erneuerbare  
549 Energien in den letzten Jahren unattraktiv geworden, weil der damit verbundene  
550 bürokratische Aufwand mit Meldepflichten, steuerlichen Fragen und ähnlichem  
551 gewaltig zugenommen hat. Eine Entbürokratisierung für Kleininvestor\*innen ist  
552 dringend nötig.

553 In Bayern wollen wir ein Bayerisches Klimaschutzgesetz, in dem auch für den  
554 Strombereich klare Zielsetzungen und die Entwicklung von konkreten Maßnahmen  
555 gesetzlich verankert werden. Dazu gehört auch, dass Kommunen, die über 5000  
556 Einwohner haben, soweit noch nicht erfolgt, ein Klimaschutzkonzept erstellen.

557 Kommunale Klimaschutzmanager füllen die Konzepte mit Leben und beraten die  
558 Bürger. Ab einer Größe von 10.000 Einwohner ist eine Vollzeitstelle für einen  
559 Klimaschutzmanager einzurichten.

## 560 V. Global denken, lokal handeln

561 Die Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien ist machbar,  
562 wenn wir nur wollen. Unser heutiges Wirtschaften ist nicht nachhaltig und  
563 verschiebt die massiven negativen Auswirkungen auf zukünftige Generationen.

564 Vorstellungen eines grenzenlosen und ewig währenden Wirtschaftswachstums sind  
565 mit einer Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien nicht vereinbar. Wir müssen  
566 lernen, stärker darauf zu achten, welche Folgen unser Lebensstil auf unsere  
567 Umwelt und auf die Umwelt anderer hat und entsprechend anzupassen. Es gilt, eine  
568 gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, die sich nicht nur an dem Möglichen  
569 orientiert, sondern an dem, was wir als Gesellschaft wirklich brauchen und  
570 wollen. Der Gedanke der Suffizienz wird hier eine große Rolle spielen.

571 Die negativen Klimafolgen verstärken sich von Jahr zu Jahr und werden immer  
572 unkontrollierbarer. Betroffen sind in besonderem Maße die armen Länder des  
573 Südens. Diese Länder haben selbst an der Klimakrise nahezu keine Schuld. Die  
574 Lebensbedingungen verschlechtern sich jedoch in ihren Ländern teilweise massiv  
575 und die Anzahl der Klimaflüchtlinge steigt an. Fluchtursachen bekämpfen heißt  
576 neue, nachhaltige Wirtschaftsweisen zu etablieren, um einerseits diese Länder  
577 durch Technologietransfer direkt zu stärken und andererseits aktiven Klimaschutz  
578 zu betreiben. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, getreu nach dem Motto:  
579 global denken, lokal handeln.

## 580 UNSERE ZEHN WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

- 581 1. Abschaffung der 10H-Regel in Bayern
- 582 2. Änderung der bundesweiten Ausschreibungsbedingungen für Erneuerbare  
583 Energien (Ausbaukorridor erhöhen, Regionalisierung einführen und De-  
584 Minimis-Regelung ausweiten)
- 585 3. Biomassenutzung flexibilisieren und ökologisieren
- 586 4. Atomausstieg beschleunigen und Braunkohleausstieg zügig durchziehen
- 587 5. Verteilnetze und Übertragungsnetz den erneuerbaren Energien anpassen
- 588 6. Klare langfristige Rahmenbedingungen für Stromspeicher schaffen
- 589 7. Nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe einführen (und dafür andere Abgaben abschaffen)
- 590 8. In allen staatlichen Liegenschaften eine vorbildliche Energieversorgung  
591 etablieren (z.B. Stromeinsparung, KWK, Nutzung der Erneuerbaren Energien)
- 592 9. Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen
- 593 10. Bayerisches Klimaschutzgesetz verabschieden

### Begründung

keine

A3 Stromkonzept 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

Antragsteller\*in: Oliver

## Antragstext

1 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

2 Inhalt

3 Stand: 201117

4 I) Zusammenfassung

5 II) Ausgangslage

6 1) Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

7 2) Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst

8 3) Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern besonders schwierig

9 III) Unsere Ziele im Strombereich:

10 100 % erneuerbar, möglichst dezentral und in Bürgerhand

11 IV) Was wir ändern wollen

12 1) Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

13 2) Effizienzpotenziale heben

14 3) KWK in Bayern mehr nutzen

15 4) Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur in Bayern

16 5) Netze anpassen

17 6) Speicherkapazitäten errichten

18 7) Flexibilitäten entwickeln

19 8) Sektorenkopplung anschieben

20 9) Staat und Kommunen werden Vorbilder

21 10) Bürgernahe Beratung

22 10) Die Energiewende – Eine Frage der Gerechtigkeit und Zusammenarbeit

23 11) Rahmenbedingungen ändern

24 V) Global denken, lokal handeln

25 I.) Zusammenfassung

26 Die Energiewende, also die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien, ist  
27 die Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz. Sie ist -neben dem Wandel zu  
28 einer Kreislaufwirtschaft das Kernstück einer großen Transformation hin zu einer  
29 klimaverträglichen und nachhaltigen Wirtschaft. Unser Vorteil: Technisch sind  
30 bei der Energiewende alle Fragen weitgehend gelöst. Uns stehen alle  
31 Möglichkeiten offen. Jetzt gilt es anzupacken.



32 Angesichts der deutlich spürbaren Klimaveränderungen und der Zukunftsprognosen,  
33 die bisher alle noch übertroffen wurden, ist es höchste Zeit, das Tempo bei der  
34 Energiewende zu erhöhen. Dabei geht es um alle Bereiche, in denen Treibhausgase  
35 emittiert werden, also um Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und den Strombereich.

36 Das vorliegende Konzept konzentriert sich auf den Bereich Strom. Weitere  
37 Detailkonzepte z.B. zu Wärme bzw. Kälte, Klimaschutz und Energiewende folgen.

38 Bayern liegt mit seinen Klimaschutzbemühungen weit unter dem Bundesdurchschnitt.  
39 Seit 1990 wurden in Bayern gerade einmal 12,5 % Treibhausgasemissionen  
40 eingespart. Das ist ein Scheitern auf ganzer Linie. Die Staatsregierung hat sich  
41 jahrelang auf dem hohen Atomstromanteil ausgeruht, bremst die Energiewende und  
42 setzt nun vor allem auf Stromimporte, egal welcher Art. Das ist nicht unser  
43 Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2030 100 % Strom aus Erneuerbaren Energiequellen,  
44 möglichst dezentral und in Bürgerhand.

45 Dazu benötigen wir schnell deutlich mehr Erneuerbare Energien und einen  
46 effizienteren Umgang mit Energie. Schädliche Kraftwerke können nicht nur  
47 schneller stillgelegt werden, sondern sie müssen es auch. Denn sie behindern die  
48 Systemumstellung auf 100 % Erneuerbare Energien. Das neue Stromsystem braucht  
49 auch eine andere Infrastruktur. Der Umbau der Stromnetze und der Aufbau von  
50 Stromspeichern sind Grundlage dafür, mit dem im Tages- und Jahresverlauf  
51 schwankenden Stromangebot aus Wind und Sonne gut umgehen zu können. Die Rolle von  
52 Kraft-Wärme- Kopplungsanlagen wird sich in einem System mit überwiegend  
53 erneuerbaren Energien ebenfalls ändern. Kraft-Wärme- Kopplungsanlagen, welche  
54 aufgrund von Wärmeauskopplung im Winter weitgehend Must-Run Anlagen sind,  
55 blockieren zunehmend die Stromnutzung aus erneuerbaren Energien. Dies ist bei  
56 Neukonzeption von KWK Anlagen auf Basis fossiler Brennstoffe zu bedenken.

57 Bayern hat die besten Voraussetzungen eine echte Vorreiterrolle einzunehmen. Wir  
58 haben eine Vielzahl von Möglichkeiten jetzt den Hebel auf 100 % Erneuerbare  
59 Energien umzustellen. Es braucht jetzt aber dafür eine 100 %ige politische  
60 Unterstützung, vernünftige rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen,  
61 vorbildliches Handeln der staatlichen Stellen und eine Förderung der vielen  
62 Bürger\*innen, die selbst in die saubere Stromversorgung der Zukunft investieren  
63 wollen. Dann kann die Vision eines klimaneutralen Wirtschaftens Realität werden.

## 64 II. Ausgangslage

### 65 1. Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

66 Die Stromversorgung in Bayern ist in einem massiven Umbruch. Vor 10 Jahren wurde  
67 noch fast 60 % des in Bayern verbrauchten Stroms in Atomreaktoren produziert. Im  
68 Jahr 2020 wird der Anteil bei etwa 25 % liegen und in zwei Jahren geht der  
69 letzte der beiden noch in Betrieb befindlichen gefährlichen Reaktoren endgültig  
70 vom Netz.

71 Mit der Stilllegung der Atomkraftwerke sinkt die Eigenstromerzeugung Bayerns und  
72 der Freistaat wird mehr und mehr zum Stromimportland. Wurden die ersten  
73 Atomkraftwerke noch locker von den erneuerbaren Energien ersetzt, die am Anfang  
74 des Jahrzehnts einen großen Boom erlebten, hat sich nun die Situation gedreht.

75 Dies hat neben dem Atomausstieg vor allem drei Gründe:

76 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien lahmt in Bayern: die Photovoltaik ist  
77 in den Jahren nach 2012 stark eingebremst worden und erholt sich nur  
78 langsam . Die Windkraft liegt nach einem kurzen Boom (2014 bis 2016)  
79 danieder; die Kombination aus 10H-Regelung und bundesweiten  
80 Ausschreibungsbedingungen macht den Neubau nahezu unmöglich.

81 Bei Wasserkraft und Biogasanlagen sind die Potenziale weitestgehend  
82 ausgeschöpft. Es ist zu erwarten, dass bei Biogas die erzeugte Strommenge  
83 in nächster Zeit zurückgehen wird. Und last but not least: die  
84 Staatsregierung hat ihre Ausbauziele für die Erneuerbaren für 2025 soweit  
85 heruntergeschraubt, dass sie im Grunde schon jetzt erfüllt sind. Ziele für  
86 die Zeit nach 2025 hat die Staatsregierung nicht aufgestellt.

88 • Die bestehenden Gaskraftwerke erleben gerade eine überraschende  
89 Renaissance. Durch stark gefallene Erdgaspreise auf dem Weltmarkt und  
90 gestiegene Preise beim Emissionshandel haben die Gaskraftwerke häufiger  
91 einen Vorteil gegenüber (Stein-) Kohlekraftwerken. So werden z.B. die  
92 Gaskraftwerke in Irsching, die die Betreiber schon mehrfach stilllegen  
93 wollten nun wieder am Strommarkt teilnehmen.

94 • Die bestehenden Gaskraftwerke (z.B. in Irsching) stehen weitgehend still,  
95 weil sie im Strommarkt, der von erheblichen Kraftwerksüberkapazitäten  
96 geprägt ist, keine Chance haben. Gaskraftwerke haben derzeit deutlich  
97 höhere Grenzkosten als Atom- und Kohlekraftwerke und haben daher an der  
98 Strombörse nur eine Chance bei sehr hohem Strombedarf. Viele Gaskraftwerke  
99 in Bayern arbeiten defizitär und werden nur auf Anordnung durch die  
100 Bundesnetzagentur von der Stilllegung abgehalten.

101 • Es gibt in Bayern noch zwei größere Steinkohlekraftwerke, die jedoch  
102 aufgrund der oben beschriebenen veränderten Situation am Gasmarkt  
103 erhebliche finanzielle Probleme am Strommarkt haben.

104 Seit 2018 ist Bayern Stromimportland. Bereits über 10 % des Strombedarfs wird  
105 importiert. Tendenz steigend. Ein Großteil der Stromimporte kommt aus den  
106 norddeutschen Bundesländern, in denen die Stromproduktion aus Wind und  
107 Braunkohle den Markt zunehmend dominiert.

108 Die energiepolitische Untätigkeit der Staatsregierung treibt Bayern in eine  
109 zunehmende Abhängigkeit von Stromimport. Das ist sogar erklärtes Ziel: Die  
110 Staatsregierung strebt an, im Jahr 2025 etwa 40 bis 50 % des in Bayern  
111 benötigten Stroms zu importieren, so die Auskunft des Wirtschaftsministeriums im  
112 Jahr 2017 auf eine Anfrage zu Plenum.

## 113 2. Staatsregierung bremst Energiewende weiterhin

114 Nach einer kurzen Euphorie nach Fukushima ist das Thema Energiewende wieder vom  
115 Bildschirm der CSU-Staatsregierung verschwunden. Die Koalition mit den Freien  
116 Wählern hat daran nichts Grundlegendes geändert. Die 10H-Regelung, mit der nicht  
117 nur Bau und Planung von Windkraftanlagen abgewürgt, sondern auch die Stimmung  
118 gegen Windkraft deutlich geschürt wurde, soll nicht geändert werden. Der Ausbau

119 der Photovoltaik erholt sich nur langsam vom kalkulierten Zusammenbruch durch  
120 die letzten EEG-Novellen. Biogasanlagen laufen zum großen Teil immer noch rund  
121 um die Uhr, obwohl absehbar ist, dass sie zukünftig vor allem in den Stunden  
122 gebraucht werden, wenn Wind und Sonne zu wenig Strom liefern. Einige kleinere  
123 Initiativen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums ändern nichts daran, dass  
124 Bayern bei den Erneuerbaren Energien weiter zurückfällt.

125 Zudem fallen ab dem Jahr 2020 allmählich immer mehr Anlagen aus der  
126 Vergütungsregelung des EEG. Ohne Perspektiven für einen guten Weiterbetrieb  
127 werden viele, technisch funktionsfähige Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen  
128 stillgelegt. Es droht sogar ein Rückschritt, wenn die Regierung nicht tatkräftig  
129 gegensteuert.

### 130 3. Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern eine große 131 Herausforderung

132 Weil in Bayern weniger als 5 % des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt wird, die  
133 Gaskraftwerke kaum in den Markt kommen und in der Vergangenheit der größte Teil  
134 des Stroms aus Atomkraftwerken kam, sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Strombereich  
135 im Vergleich zu anderen Bundesländern in Bayern gering. Im Klimaschutzkonzept  
136 der grünen Landtagsfraktion (Link) wurde der Anteil des Strombereichs auf 12 %  
137 an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen berechnet. Kann der Atomstrom nicht durch  
138 erneuerbare Energien ersetzt werden, droht ein massiver Anstieg der  
139 Treibhausgasemissionen aus dem Strombereich. Dies kann zu einer Verdopplung oder  
140 gar Verdreifachung der CO<sub>2</sub> Emissionen pro Jahr führen. Die ohnehin miserable  
141 Klimabilanz der Staatsregierung würde sich also nochmals verschlechtern.

142 In den letzten Jahren war der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Stromversorgung  
143 mit ca. 11 Mio Tonnen im bundesweiten Vergleich gering. Dies wird sich in den  
144 kommenden Jahren massiv ändern. Zum einen werden durch den stärkeren Einsatz der  
145 Gaskraftwerke die Emissionen in Bayern deutlich zunehmen. Zum anderen werden  
146 durch die massiv zunehmenden Stromimporte erhebliche CO<sub>2</sub>-Emissionen in anderen  
147 Ländern verursacht, die aber in den bayerischen Bilanzen verschwiegen werden.  
148 Vor allem durch diesen Punkt wird Bilanz geschönt. Tatsächlich kann dies zu  
149 einer Verdopplung oder gar Verdreifachung der CO<sub>2</sub> Emissionen pro Jahr führen.  
150 Die ohnehin miserable Klimabilanz der Staatsregierung würde sich also nochmals  
151 verschlechtern.

152 Grafik: Verteilung VERTEILUNG DER CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN IN BAYERN AUF SEKTOREN

### 153 **III. Unsere Ziele im Strombereich: 100 %** 154 **erneuerbar, möglichst dezentral und in** 155 **Bürgerhand**

156 Für wirksamen Klimaschutz ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend.  
157 Im Strombereich ist die Technologie am weitesten fortgeschritten.

158 Daher ist unser Ziel im Strombereich ein Dreifaches:

- 159 • 100 % Erneuerbare Energien bis 2030 in Bayern
- 160 • möglichst dezentral
- 161 • und in Bürgerhand

162 Klare Priorität hat der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Klimaschutz  
163 als eine der großen Herausforderungen verlangt eine rasche und konsequente  
164 Umstellung unserer Stromerzeugung: weg vom nuklear-fossilen Kraftwerkspark hin  
165 zu Erneuerbaren Energien.

166 Die Dezentralität ergibt sich einerseits aus der Technologie: Erneuerbare  
167 Energien werden in der Fläche gewonnen und sie führen den Flächenbedarf näher an  
168 uns heran, als weit entfernte Uran- oder Kohleabbaugebiete, Erdölfelder oder  
169 Gasexplorationen. Andererseits ist die Dezentralität aber auch ein Gewinn für  
170 die Versorgungssicherheit. Die Stromversorgung gehört heutzutage zur „kritischen  
171 Infrastruktur“. Zentrale Versorgungsstrukturen sind wesentlich verletzlicher und  
172 damit ist eine dezentrale Stromversorgungsstruktur weniger anfällig gegen äußere  
173 Einwirkungen. Meist kann eine dezentrale Energieversorgungsstruktur auch die  
174 Effizienzpotenziale (Kraft-Wärme- Kopplung, Sektorenkopplung) besser nutzen.

175 Unserer Meinung nach gehört die Energiewende aus grundsätzlich demokratischen  
176 Überlegungen heraus in Bürgerhand. Jahrzehntlang haben in Deutschland einige  
177 wenige Stromkonzerne die Entwicklung bestimmt. Erst durch die Anti-Atom- und  
178 Umwelt-Bewegung wurden diese Monopole und ihre Politik in Frage gestellt. Ein  
179 Wirtschaftszweig, von dem alle Bürger\*innen fast existenziell abhängig sind,  
180 sollte nicht von wenigen profitorientierten Unternehmen gesteuert werden.

## 181 IV. Was wir ändern wollen

### 182 1. Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

183 Wir können in Bayern 100 % unseres heutigen Stromverbrauchs bis 2030 aus  
184 Erneuerbaren Energien selbst erzeugen. Im Verbund mit anderen Ländern können wir  
185 die Erneuerbare Stromversorgung zu jeder Stunde im Jahr garantieren. Dies stärkt  
186 die regionale Wertschöpfung, steigert die Effizienz, reduziert Verluste und  
187 erhöht die Versorgungssicherheit. Mit Blick auf die Pariser Klimaziele wollen  
188 wir unser vorhandenes technisches Know-how für eine erfolgreiche Energiewende  
189 allen Ländern zur Verfügung stellen.

#### 190 Windenergie

191 Der größte Nachholbedarf besteht bei der Windenergie. Dazu muss die 10H-Regelung  
192 (vereinfacht gesagt, die Auflage, dass Windkraftanlagen den 10-fachen Abstand  
193 ihrer Höhe zum nächsten Wohnhaus aufweisen müssen) schnell aufgehoben werden.  
194 Die 10H-Regelung hat zahlreiche Windkraftprojekte abgewürgt. Vor allem hat sie  
195 auch eine Stimmung gegen Windkraft im Land mobilisiert. Wir wollen die 10H-  
196 Regelung ersatzlos abschaffen. Gute Planungen ermöglichen einen Ausbau der  
197 Windkraft in Bayern und halten negative Auswirkungen auf Mensch und Natur, etwa  
198 durch Lärm, Schattenwurf oder Vogelschlag, gering.

199 Eine Mischung aus Destruktion und staatlich verordneter Angstmacherei haben den  
200 Ausbau der Windenergie in Bayern faktisch zum Erliegen gebracht. Während der  
201 Bund zumindest Anzeichen macht, die rechtlichen Rahmenbedingungen  
202 windkraftfreundlicher anzupassen, beharrt die Söder-Regierung weiterhin auf die  
203 windkraftfeindliche 10H-Regelung. Allein das Festhalten an diesen starren und  
204 überzogenen Mindestabständen erzeugt im Land ein Schutzbedürfnis, dem die  
205 kommunalen Mandatsträger\*innen machtlos gegenüber stehen.

206 Wir brauchen eine windkraftfreundliche Aufbruchsstimmung, müssen die 10H-  
207 Regelung ersatzlos streichen und zurückkehren zu einer übergeordneten Steuerung  
208 des Windkraftausbaus auf regionaler Ebene. Die Landes- und Regionalplanung soll,  
209 wie in den Jahren vor Einführung der 10H-Regelung, wieder aktiv mit den Kommunen  
210 Flächen für die Windkraft identifizieren und vorhalten. Dazu werden die  
211 Kompetenzen und die finanzielle Ausstattung der regionalen Planungsverbände  
212 gestärkt. Wir wollen 2 % der Landesfläche für Windkraftnutzung zur Verfügung  
213 stellen. Den Bayerischen Staatsforsten wollen wir volle Rückendeckung beim  
214 Ausbau der Windenergie geben. Mögliche Konflikte vor Ort wollen wir durch Mobile  
215 Mediations-Teams auflösen.

216 ##Überarbeiten##

217 Durch eine sogenannte De-minimis-Regel, die es erlaubt, kleineren Windparks auch  
218 ohne Ausschreibungsverfahren eine EEG-Vergütung zu bekommen, können kleinere  
219 Projekte ohne den Aufwand des Ausschreibungsverfahrens einfacher realisiert  
220 werden. Insgesamt soll das jährliche Ausschreibungsvolumen auf Bundesebene auf  
221 mindestens 5.000 Megawatt angehoben werden. Bei den Ausschreibungen soll durch  
222 eine regionale Quote (bzw. durch Regionalausreibungen oder durch Änderungen  
223 der Bestimmungen des Referenzertragswerts) der Bau von Windkraftanlagen im Süden  
224 gezielt vorangetrieben werden.

225 ÄA 34 Entwurf Text neu:

226 Den Schutz von Mensch und Natur erreichen wir durch klare Schutzvorschriften,  
227 deren Einhaltung bei jedem einzelnen Projekt geprüft werden müssen. Während  
228 anfängliche Probleme wie Schatten- und Eiswurf, Blendeffekte oder Lärmemissionen  
229 technisch mittlerweile gelöst sind, wollen wir im Schulterschluss mit  
230 Umweltverbänden an der Ausarbeitung naturschutzfachlicher Vorgaben mitwirken.  
231 Unser erklärtes Ziel ist die Vereinbarung der Windkraft mit einer Erholung der  
232 Bestände gefährdeter Vogel- und Fledermausarten.

233 #/#

234 Auf Bundesebene wollen wir uns – anders als die Söder-Regierung – aktiv für  
235 Verbesserungen der Windenergie einsetzen: Die Erleichterung von  
236 Genehmigungsverfahren und Vereinfachung von Klagemöglichkeiten sind ohne  
237 Abstriche beim Schutz von Mensch und Natur machbar. Die Ausbauziele wollen wir  
238 dem 1,5°-Ziel anpassen. Den Süden wollen wir durch eine Regionalquote  
239 besserstellen. Die Flächensicherung bei dem Ersatz alter Windräder durch  
240 effiziente und moderne Anlagen wollen wir bei Beachtung aller Schutzbestimmungen  
241 vereinfachen.

242 Ohne 10H-Regelung, dafür aber mit klaren rechtlichen Schutzbestimmungen, mit  
243 angemessenen Ausbauzielen und einer De-minimis-Regelung kann Bayern als größtes  
244 Flächenland seinen Beitrag zum Ausbau der Windenergie leisten und damit auch die  
245 in Bayern angesiedelte Windkraftindustrie stärken. Wenn wir es schaffen, pro

246 Jahr in jedem Landkreis lediglich 2-3 Windräder zu errichten, erreichen wir  
247 unser Ziel von insgesamt 10 Gigawatt installierter Leistung bis 2030. Das ist  
248 sauberer Windstrom für etwa 5 Mio. Haushalte und damit nahezu alle Haushalte in  
249 Bayern.

#### 250 Solarenergie

251 Sonnenstrom ist günstig, klimafreundlich und leicht zu erzeugen. Also wollen wir  
252 mehr davon. Aufgrund der einfachen Technik ist es die ideale Bürger\*innen-  
253 Energie. Es fehlt allein der politische Wille, die ungenutzten Potenziale  
254 auszuschöpfen. Wir wollen sämtliche Hürden abbauen. Dazu gehört die Abschaffung  
255 aller Abgaben und Umlagen für Dachanlagen mit einer Leistung von bis zu 30  
256 Kilowatt ebenso wie die Einführung einer Solarpflicht für neue Gebäude oder  
257 solche, die umfangreich saniert werden. Unsere Dächer in den Städten können wir  
258 nutzen, wenn wir das Mieterstromgesetz von allen Bremsklötzen befreien und  
259 tatsächlich anwenderfreundlich machen.

260 Bayern kann unabhängig vom Bund nicht nur bei der Solarpflicht vorangehen: In  
261 einer ersten großen Ausbau-Offensive wollen wir alle Schulgebäude mit  
262 Photovoltaik-Anlagen ausstatten. Dies dient nicht zuletzt der Umweltbildung.  
263 Parallel wollen wir alle staatlichen Gebäude für die Erzeugung von Sonnenstrom  
264 nutzen.

265 Wir wollen aber auch auf unseren Äckern und Wiesen mehr Sonnenstrom erzeugen. In  
266 Abstimmung mit der Landwirtschaft und den Umweltverbänden lockern wir die  
267 restriktiven Vorgaben, an welchen Stellen Solarfelder errichtet werden dürfen.  
268 Das bedeutet Zweierlei: Zum Einen wollen wir die Kommunen dazu ermächtigen,  
269 Flächen selbstständig auszuweisen, ohne dass der Anspruch auf EEG-Vergütung  
270 entfällt. Auf der anderen Seite wollen wir die Bäuerinnen und Bauern fördern,  
271 die sich für innovative Lösungen wie der Agro-PV entscheiden oder die ihre  
272 bisher landwirtschaftlich genutzten Moorflächen im Zuge der Solarstromerzeugung  
273 wiedervernässen. Mit gesonderten Regelungen für verpachtete Äcker wollen wir dem  
274 Anstieg der allgemeinen Pachtpreise entgegenwirken.

275

276 Unter diesen Voraussetzungen und mit einer Anhebungen der Ausbauziele auf  
277 Bundesebene können wir die Photovoltaik bis 2030 auf 30 Gigawatt installierter  
278 Leistung verdreifachen.

#### 279 Biomasse

280 Das Potenzial bei der Stromerzeugung aus Biogas bzw. Biomasse ist weitgehend  
281 ausgeschöpft. Zwei wesentliche Punkte sind jedoch zu korrigieren:

282 Strom aus Biogasanlagen ist eine feste Größe im bayerischen Strommix. Aber weil  
283 das Potenzial weitestgehend ausgeschöpft ist, setzen wir uns dafür ein, den  
284 aktuellen Bestand von knapp 1,4 Gigawatt installierter Leistung zu halten. Die  
285 dafür notwendige Förderung kann unter dieser Prämisse marktwirtschaftlich  
286 ermittelt werden, solange sichergestellt ist, dass die Anlagen nur dann laufen,  
287 wenn Sonne und Wind wenig Energie liefern.

288 Zum einen müssen die Biogasanlagen stärker ökologisiert werden. Wir setzen uns  
289 dafür ein, dass mehr Reststoffen und Gülle und weniger Mais eingesetzt werden.  
290 Mais soll neben Reststoffe und Gülle auch von anderen Energiepflanzen ersetzt  
291 werden, wie z.B. die durchwachsene Sylphie. Wir wollen auch bei den  
292 Energiepflanzen die Fruchtfolge fördern.

293 Im Vergleich zum Maisanbau für tierische Lebensmittelproduktion (2/3) ist der  
294 Maisanteil zur Stromgewinnung (1/3) vergleichbar. Gleichwohl wollen wir uns für  
295 eine stärkere Ökologisierung einsetzen, diese betrifft vor allem Gebiete. Dabei  
296 setzen wir den Fokus auf den Einsatz von Reststoffen und Gülle sowie auf eine  
297 breitere Einführung von alternativen Energiepflanzen, die der Artenvielfalt  
298 zuträglicher sind.

299 Zum allergrößten Teil werden die bayerischen Biogasanlagen von  
300 landwirtschaftlichen Betrieben unterhalten. Diese wollen wir zusätzlich durch  
301 die Förderung von Nahwärmenetzen in geeigneten ländlichen Regionen unterstützen,  
302 um die maximale Energie herauszuholen. In geeigneten Fällen kann auch die  
303 Entkopplung der Biogaserzeugung von der Verstromung in Betracht gezogen werden.  
304 Mit der Einbindung in Wärme- oder Gasnetze, einer verlässlichen Förderung für  
305 den erzeugten Strom und langanhaltender Planungssicherheit stärken wir unsere  
306 Bäuerinnen und Bauern.

### 307 Wasserkraft

308 Die historisch gewachsene Wasserkraft ist von großer Bedeutung für Bayern.  
309 Eingebettet in eine Strategie zur allgemeinen Erfüllung der  
310 Wasserrahmenrichtlinie wollen wir eine umfassende Ökologisierung vor allem der  
311 kleinen Wasserkraft vorantreiben. Der ökologische Umbau mittels Fischaufstiegen,  
312 neuen Turbinen-Technologien und Renaturierungsmaßnahmen muss durch eine  
313 angemessene Vergütung finanziert werden können. Die wertvolle Stromerzeugung aus  
314 Wasserkraft und der Schutz unserer Gewässer muss es uns wert sein, die Kosten  
315 für eine ökologische Verbesserungen als Gesellschaft zu tragen.

316

317 Die Veröffentlichung eines Wasserkrafterlasses, der als Genehmigungsleitfaden  
318 Stromerzeugung und Gewässerökologie in Einklang bringt, muss trotz großer  
319 Differenzen zwischen den betroffenen Verbänden mit mehr Einsatz vorangetrieben  
320 werden.

### 321 Geothermie

322 Die Geothermie hat, wie ihr Name schon sagt, ihr größtes Potential im  
323 Wärmebereich. Hier gilt es sie stark zu fördern. Der Beitrag der geothermischen  
324 Stromerzeugung wird insgesamt jedoch überschaubar bleiben. Dennoch wollen wir  
325 sie gerade im Voralpenland in Kombination mit einer regenerativen Wärmeerzeugung  
326 fördern. Die tiefe Geothermie ist eine ständig verfügbare Energiequelle und kann  
327 ein auf Sonne und Wind ausgerichtetes Stromsystem gut ergänzen. Die größten  
328 wirtschaftlichen

329 Die Geothermie hat, wie ihr Name schon sagt, ihr größtes Potential im  
330 Wärmebereich. Um den Ausbau voranzubringen, wollen wir den meist kommunalen  
331 Betreibern mit Bürgschaften für Probebohrungen unter die Arme greifen. Durch die  
332 Förderung von Wärmenetzen kann die Geothermie ebenfalls über Bande gestärkt  
333 werden. Sollte an besonders geeigneten Stellen auch eine Stromerzeugung möglich  
334 und wirtschaftlich sein, so ist dies zu unterstützen.

## 335 2. Effizienzpotenziale heben

336 Die sauberste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt bzw. verbraucht wird.  
337 Und gerade weil der Stromverbrauch durch neue Anwendungsbereiche – beim Heizen  
338 unserer Gebäude, durch die Elektromobilität und zur Herstellung von grünem

339 Wasserstoff – künftig steigen wird, müssen wir den klassischen Stromverbrauch  
340 nachhaltig senken. Einen besonderen Anreiz für die energieintensive Industrie  
341 können wir hier durch die Neugestaltung der Befreiung von EEG-Umlage und  
342 Netzentgelten erreichen.

343 Im Bereich der Haushalte und des Gewerbes ist vor allem Information, Beratung  
344 und Unterstützung erforderlich. Wir wollen regionale Energieagenturen aufbauen  
345 und kommunale Klimaschutzbeauftragte fördern, die Kommunen, Unternehmen und  
346 Privatpersonen beraten und Stromsparkampagnen initiieren. Sie werden unterstützt  
347 von einer landesweiten Energieagentur. Haushalte mit wenig Einkommen wollen wir  
348 direkt beim Erwerb stromsparender Geräte unterstützen.

349 Die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen und sämtliche  
350 Einsparmöglichkeiten beim eigenen Energieverbrauch ermitteln und nutzen. Die  
351 Kommunen wollen wir hierbei unterstützen. Die Förderprogramme des Freistaats und  
352 die Beschaffungsleitlinien sollen sich wesentlich am Ziel der Strom- bzw.  
353 Energieeinsparung orientieren.

### 354 3. KWK in Bayern mehr nutzen

355 Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine der effizientesten  
356 Stromerzeugungsmöglichkeiten. Die KWK-Anlagen werden in den meisten Fällen mit  
357 Erdgas betrieben, können aber natürlich auch mit Biomasse oder zunehmend mit  
358 erneuerbarem Gas befeuert werden. Insbesondere in den verdichteten  
359 Siedlungsgebieten und in den Gebieten mit gewerblichem bzw. industriellem  
360 Wärmebedarf sehen wir sinnvolle Anwendungen für den Ausbau der KWK.

361 Die KWK-Anlagen sind einerseits eine Übergangstechnologie für den Zeitraum eines  
362 schnellen Atom- und Kohleausstiegs, gleichzeitig aber auch eine langfristige  
363 Zukunftstechnologie für die Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Biogas oder  
364 Power-to-gas.

365 Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die KWK  
366 verbessert werden und die bestehende Förderung zeitlich verlängert wird.

367 In Bayern wollen wir ein flächendeckendes Wärme- und Kältekataster erarbeiten um  
368 den Bau von KWK-Anlagen zu unterstützen. Mit einer Informationskampagne für  
369 potenzielle Investoren sollen die Vorteile der KWK bekannter gemacht werden.

370 In staatlichen Bestandsgebäuden und kommunalen Liegenschaften ist der Bau von  
371 KWK-Anlagen zu verstärken. Ab einem bestimmten Wärmebedarf sind bei  
372 energetischen Sanierungen KWK-Anlagen eine sehr gute Möglichkeit den Wärmebedarf  
373 zu decken und gleichzeitig Strom zu erzeugen. Erstes Ziel bleibt aber immer den  
374 Verbrauch erstmal soweit als möglich zu senken und den Restbetrag mit  
375 erneuerbaren Energien (v.a. Solar- oder Geothermie) direkt zu decken. Erst  
376 danach ist über eine KWK Anlage nachzudenken.

### 377 4. Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur 378 in Bayern

379 Die beiden noch laufenden Atomkraftwerke in Bayern sind nicht nur ein enormes  
380 Sicherheitsrisiko und ein ständiger Produzent von hochradioaktivem Atommüll,  
381 sondern sie behindern darüber hinaus sehr stark die Energiewende. Weil sie



382 schwerfällig zu regulieren sind, werden sie auch betrieben, wenn die  
383 Erneuerbaren Energien die Stromversorgung in Bayern alleine übernehmen könnten.  
384 Das passiert in den Sommermonaten, insbesondere an Wochenenden, immer häufiger.  
385 Dieses Überangebot führt dazu, dass der Strompreis immer öfter in den negativen  
386 Bereich rutscht. In weit über 100 Stunden im Jahr können große Stromverbraucher  
387 Strom nicht nur kostenlos verbrauchen, sondern bekommen auch noch „Prämien“  
388 dafür. Komplett abwegig wird es durch die geplante Neuregelung im EEG 2021. Bei  
389 negativen Strompreisen sollen dafür dann aber erneuerbare Energien-Anlagen keine  
390 Vergütung mehr für ihren sauberen Strom erhalten.

391 Wir halten es für sinnvoll die beiden Atomkraftwerke schneller stilllegen als im  
392 Atomgesetz vorgesehen. Insbesondere der letzte deutsche Siedewasserreaktor, der  
393 Block Gundremmingen C, ist aus unserer Sicht ein vollkommen überflüssiges  
394 Sicherheitsrisiko. Seine Stromproduktion könnte problemlos von bestehenden  
395 bayerischen Gaskraftwerken übernommen werden.

396 Wir wollen eine rasche und gründliche Sicherheitsüberprüfung für Gundremmingen  
397 und werden keinen Sicherheitsrabatt für die letzten Betriebsjahre geben.

398 Wegen der jahrzehntelangen, sehr einseitigen Ausrichtung auf Atomkraftwerke gibt  
399 es in Bayern nur zwei Kohlekraftwerke: das Heizkraftwerk München Nord und ein  
400 Kohlekraftwerk in Zolling. Das Kohlekraftwerk Zolling sollte unseres Erachtens  
401 zügig aus dem Markt genommen werden, da es durch bestehende Gaskraftwerke  
402 ersetzt werden kann. Es reicht vollkommen aus, wenn es als „systemrelevantes  
403 Kraftwerk“ als Reserve in netzkritischen Zeiten zur Verfügung steht. Der Ersatz  
404 durch ein Gaskraftwerk mit der Option des Einsatzes erneuerbaren Gases sollte  
405 geprüft werden.

406 Der Ersatz des Kohlekraftwerks München Nord ist umfassender zu planen, da das  
407 Kraftwerk auch einen wesentlichen Teil der Fernwärmeversorgung Münchens abdeckt,  
408 sollte zügig vorangetrieben werden. Eine umweltfreundliche Umstellung der  
409 Fernwärmeversorgung erfordert neue Investitionen, etwa in Geothermieprojekte,  
410 Abwärmenutzung, erneuerbare Wärmequellen, Wärmespeicher oder Gaskraftwerke.

411 In der aktuellen energiewirtschaftlichen und politischen Situation wird sich  
412 Bayern in den nächsten Jahren massiv von Stromimporten abhängig machen. In  
413 Bayern werden Atomkraftwerke abgeschaltet und Erneuerbare Energien ausgebremst  
414 Auch in näherer Zukunft wird im bundesweiten Vergleich der Anteil der  
415 Erneuerbaren Energien an der bayerischen Stromversorgung unterdurchschnittlich  
416 sein . Die Überkapazitäten an fossilen und nuklearen Kraftwerken führen zu  
417 niedrigen Strompreisen an der Strombörse und führen in der Konsequenz dazu, dass  
418 Bayern Strom aus Norddeutschland in erheblichen Umfang importieren wird. Dies  
419 ist teilweise Windstrom, aber auch Braunkohlestrom. Die Staatsregierung geht  
420 davon aus, dass im Jahr 2025 fast 50 % des Stroms importiert wird. In  
421 Spitzenzeiten hätten wir dann eine Importabhängigkeit von 70/ 80 %. Diese starke  
422 Importabhängigkeit halten wir für falsch.

423 Ein zügiger Ausstieg aus der Kohle ist daher auch in bayerischem Interesse, aus  
424 drei Gründen:

- 425 • Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss geht zurück.
- 426 • Die bestehenden modernen Gaskraftwerke kommen in den Markt.
- 427 • Die Importabhängigkeit Bayerns sinkt.

428 Darum setzen wir uns auch aus bayerischem Interesse für einen schnellen Ausstieg  
429 aus der Kohleverstromung ein.

## 430 5. Netze anpassen

431 Die Stromversorgungsstruktur in Deutschland befindet sich im Umbruch. Die  
432 Bedeutung großer zentraler Kraftwerke sinkt und eine Fülle dezentraler  
433 Stromerzeuger tritt in den Markt ein. Das verlangt auch einen Umbau der  
434 Infrastruktur im Bereich der Stromverteilung und -übertragung.

435 Der größte Anpassungsbedarf ist auf Ebene der Verteilnetze. Hier wurde in den  
436 letzten Jahren schon erheblich investiert. Im Zuge des weiteren Ausbaus der  
437 Erneuerbaren Energien muss darauf geachtet werden, dass der Ausbau der  
438 Verteilnetze damit Schritt halten kann. Dazu sind auf Bundesebene Änderungen im  
439 rechtlichen Ordnungsrahmen nötig. So gilt es den Verteilnetzbetreibern (z.B. den  
440 Stadtwerken) die Möglichkeiten des Einsatzes von Stromspeichern generell zu  
441 ermöglichen.

442 Um bei wachsenden Anteilen Erneuerbarer Energien die Versorgungssicherheit zu  
443 gewährleisten, müssen Energieerzeugung, Energietransport, Energiespeicherung und  
444 Energieverbrauch intelligent und effizient miteinander verknüpft werden. Durch  
445 eine netzorientierte Steuerung flexibler Verbrauchseinrichtungen kann der  
446 Netzausbau auf der Niederspannungsebene auf ein volkswirtschaftlich effizientes  
447 Maß begrenzt werden und sichert ein optimales Last- und Einspeisemanagement zur  
448 Verringerung unnötiger Netzmanagementkosten. Dieses flexible Energiesystem der  
449 Zukunft kann nur funktionieren, wenn mehr Akteure, (Letztverbraucher, Erzeuger,  
450 Versorger, Netzbetreiber) miteinander vernetzt werden. Dies erfordert stärkere  
451 Digitalisierung des gesamten Energiesystems. Eine großräumigere Verteilung von  
452 Strom ist sinnvoll, weil es im Laufe des Jahres häufig regionale  
453 Stromüberproduktionen geben wird. In der Regel ist es volkswirtschaftlich  
454 ökonomischer und ökologischer diese regionalen Überproduktionen durch ein  
455 Leitungssystem erstmal dorthin zu verteilen, wo zu diesem Zeitpunkt Strombedarf  
456 herrscht. Erst wenn der aktuelle Bedarf gedeckt ist, sollte überschüssiger Strom  
457 möglichst verlustarm gespeichert werden. Daher halten wir – neben anderen  
458 Argumentationen, wie z.B. der Netzstabilität – den geplanten Bau von HGÜ-  
459 Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland im bisher geplanten Umfang für  
460 sinnvoll. Die von der EU geplanten Ausweitungen des europäischen Stromhandels  
461 sehen wir kritisch und sollten auf ihre ökonomischen und ökologischen  
462 Konsequenzen überprüft werden.

## 463 6. Speicherkapazitäten errichten

464 Die beiden großen Säulen der Energieversorgung der Zukunft sind Sonne und Wind.

465 Da diese nicht rund um die Uhr zur Verfügung stehen, gewinnt die Frage der  
466 Stromspeicherung zunehmend an Bedeutung. Es gibt unterschiedliche  
467 Stromspeichertechnologien und unterschiedliche Bedarfe. Für eine Vollversorgung  
468 mit Erneuerbaren Energien werden aller Voraussicht nach verschiedene  
469 Technologien zum Einsatz kommen.

470 In den nächsten Jahren ist vor allem die Kurzzeitspeicherung von Strom über  
471 einige Stunden oder Tage von Bedeutung, z.B. um Solarstrom vom Tag am Abend und  
472 in der Nacht zu nutzen, oder auch um Windstrom zu speichern, der oft nachts  
473 produziert wird und dem kein entsprechender Bedarf gegenübersteht.

474 Für die kurzfristige Speicherung bieten sich vor allem Batteriespeicher und  
475 Pumpspeicherkraftwerke an. Beide Technologien haben ihre spezifischen Vorteile.  
476 Welche davon sich ökonomisch durchsetzen wird, ist derzeit nicht absehbar, zumal  
477 die Rahmenbedingungen für beide Technologien nicht gleich sind.

478 Bayern hat eine große Zahl von Gebieten, die für die Nutzung durch  
479 Pumpspeicherkraftwerke geeignet sind. Mögliche Standorte sind im  
480 Genehmigungsverfahren eingehend unter ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten.  
481 Zur Realisierung sind aber auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen zu  
482 verändern. Der Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken ist in den letzten Jahren  
483 wenig lukrativ geworden. So wird beispielsweise in Bayern das bestehende  
484 Pumpspeicherkraftwerk Happburg aus ökonomischen Gründen derzeit nicht repariert.

485 Wir wollen die von der Staatsregierung vorgelegte Untersuchung von möglichen  
486 Pumpspeicherkraftwerken unter ökologischen Gesichtspunkten vergleichend bewerten  
487 und anschließend die Planung von Pumpspeicherkraftwerken in die Landesplanung  
488 aufnehmen.

489 Aufgrund der hohen Investitionskosten und der langen Nutzungszeit von  
490 Pumpspeicherkraftwerken sind eine Harmonisierung der rechtlichen  
491 Rahmenbedingungen zwischen Deutschland, Österreich und Schweiz von grundlegender  
492 Bedeutung, um Investitionssicherheit für potenzielle Investor\*innen zu schaffen.  
493 Ferner ist anzustreben, dass Stromspeicher auch als Regelenergieanbieter im  
494 Markt tätig werden können.

495 Auch die Nutzung der bestehenden privaten Speicher im Schwarmmodell muss  
496 erleichtert werden.

497 Mittel- und langfristig wird die Speicherung über längere Zeiträume nötig  
498 werden, wenn wir die Stromversorgung klimaneutral gestalten wollen, nicht  
499 zuletzt, weil auch die sogenannte „Dunkelflaute“ gemanagt werden muss. Durch die  
500 Zunahme des Stromverbrauchs im Zuge der Sektorkopplung (siehe 4h) wird es v.a.  
501 im Winter zu hohen Bedarfsspitzen kommen. Eine jahreszeitliche Speicherung mit  
502 chemischen Speichern ist deshalb notwendig.

503 Für diese längerfristige Speicherung wird aller Voraussicht nach kein Weg an der  
504 Wasserstoff-Technologie bzw. an der „Power-to-gas-Technologie“ (PtG)  
505 vorbeigehen. Wir müssen heute damit beginnen, diese Zukunftstechnologie in der  
506 Praxis einzusetzen, um Wirkungsgrade weiter zu steigern und v.a. Kosten zu

507 reduzieren. Moderne PtG Anlagen können heute bei der Wasserstoffherstellung  
508 bereits einen Wirkungsgrad von bis zu 75 % erreichen.

## 509 7. Flexibilitäten entwickeln

510 Ein großes systemisches Problem der Energieversorgung auf Basis erneuerbarer  
511 Energien ist die Tatsache, dass der Stromverbrauch und das Angebot an Wind- und  
512 Sonnenenergie zeitlich nicht synchron laufen. Es wird also Zeiten geben, mit  
513 einem hohen Angebot an Wind- und/oder Solarstrom bei gleichzeitigem geringen  
514 Bedarf und umgekehrt Zeiten mit einem sehr geringen Angebot an Wind- und  
515 Solarstrom und einem vergleichsweise hohen Bedarf, vielleicht sogar über mehrere  
516 Wochen. In der Fachwelt spricht man von einer sog. „Dunkelflaute“.

517 Daher liegt ein wesentlicher Baustein der zukünftigen Energieversorgung in der  
518 Entwicklung von Flexibilitäten, sowohl beim Stromverbrauch, wie bei der  
519 Stromeinspeisung.

520 Für die Flexibilitäten stehen verschiedene Technologien zur Verfügung, wie z.B.  
521 flexibel einspeisende Biogasanlagen oder Wasserkraftwerke, Stromspeicher der  
522 verschiedenen Arten, KWK-Anlagen oder schnell einsetzbare Gaskraftwerke. Die  
523 Flexibilität ist aber nicht nur auf der Stromangebotsseite sinnvoll, sondern  
524 auch auf der Nachfrageseite.

525 Eine wichtige Baustelle der Zukunft wird es sein, auch die Nachfrage nach Strom  
526 teilweise dem Angebot anzupassen. Also dann mehr Strom zu verbrauchen, wenn  
527 Strom im Überfluss (und billig) zur Verfügung steht, und weniger zu verbrauchen,  
528 wenn er knapp (und teuer) ist. Das ist bei Kühlprozessen oder auch bei  
529 hochautomatisierter Fertigung bereits heute möglich. Der erste Schritt wäre die  
530 umfassende Einführung von lastvariablen Tarifen. Dann würden die Verbraucher  
531 belohnt, die ihr Stromverbrauch der Angebotsseite anpassen und z.B. dann ihr  
532 Auto laden, wenn Strom ausreichend zur Verfügung steht.

533 Es fehlt nicht an der Technologie, sondern vielmehr an den wirtschaftlich-  
534 rechtlichen Rahmenbedingungen. Das in vielen Untersuchungen ermittelte Potenzial  
535 des „Lastmanagement“ lohnt sich kaum, wenn durch vorhandene Überkapazitäten am  
536 Strommarkt der Strompreis an der Börse bei 2 oder 3 Cent/kWh liegt.

537 Daher ist ein Kohleausstieg auch nötig, damit sich ein Markt für Flexibilität  
538 überhaupt entwickeln kann, in dem dann verschiedene Technologien, aber auch  
539 Marktmechanismen wirken können. Dazu ist es wichtig, dass die Preissignale, die  
540 derzeit an der Strombörse gebildet werden, auch tatsächlich bei den  
541 Verbraucher\*innen ankommen. Denn heute verdient vor allem der Stromversorger  
542 daran, wenn viel Wind weht und er den Strom billig einkaufen kann, während die  
543 Haushalte vollkommen unabhängig davon immer den gleichen Preis pro kWh bezahlen  
544 müssen.

545 Teil der Flexibilität sind natürlich auch die Stromnetze und Stromspeicher. Mit  
546 ihnen ist auch die Möglichkeit für regionale Flexibilitätsmärkte gegeben. (Siehe  
547 4e und 4f)

548 Auch die Sektorenkopplung kann in dem Flexibilitätsmarkt eine Rolle spielen, wie  
549 im nächsten Kapitel erläutert wird.

## 550 8. Sektorenkopplung anschieben

551 In der Vergangenheit wurden die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität meist  
552 getrennt betrachtet. Die Trennung dieser Bereiche löst sich allmählich auf. Ein  
553 wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist die Elektromobilität, weil gerade im  
554 privaten Bereich viele E-Auto-Batterien auch durch die eigene PV-Anlage geladen  
555 werden. Immer öfter wird auch diskutiert, ob E-Auto-Batterien auch vom  
556 Stromversorger zur Speicherung genutzt werden können. Zunehmend häufiger wird  
557 auch billiger „Überschussstrom“ genutzt um Wärme zu erzeugen, welche dann auch  
558 gut gespeichert werden kann.

559 Wärmepumpen sind heute die häufigste Art der Beheizung von neugebauten  
560 Wohnhäusern. Die Grenzen der alten Einsatzbereiche von Strom lösen sich also  
561 immer stärker auf.

562 Sowohl unter Effizienzgesichtspunkten, aus Klimaschutzgründen aber auch aus  
563 Gründen der volkswirtschaftlichen Rentabilität sind viele Beispiele der  
564 Sektorenkopplung sinnvoll. So kann es oft effizienter sein, mit „überflüssigem“  
565 Windstrom Gebäude zu beheizen, anstatt ihn aufwändig zu speichern. In welchen  
566 Fällen die Sektorenkopplung sinnvoll ist, hängt entscheidend von der Art und  
567 Weise ab, wie der „Ausgangstrom“ produziert wurde. Daher wollen wir  
568 Sektorkopplung vorrangig dort unterstützen, wo Erneuerbarer Strom eingesetzt  
569 wird.

570 Da in den letzten Jahren die energiepolitischen Rahmenbedingungen oft geändert  
571 wurden und wenig verlässlich waren, sind Investitionen in diesem Bereich mit  
572 einem gewissen Risiko behaftet. Ein klarer und verlässlicher Rechtsrahmen kann  
573 und muss daher die Investitionssicherheit schaffen. (zu den rechtlichen  
574 Rahmenbedingungen siehe auch 4k)

## 575 9. Staat und Kommunen werden Vorbilder

576 Die Energiewende ist in den erfolgreichen Jahren vor allem eine  
577 Bürgerenergiewende gewesen. Die traditionelle Energiewirtschaft und in ihrem  
578 Gefolge die Regierungsparteien der letzten Jahre von CDU, CSU, SPD und FDP haben  
579 sich der Energiewende widersetzt. Erst nach dem Atomunfall von Fukushima haben  
580 sich auch die Unionsparteien, wenn auch zum großen Teil nur halbherzig, zur  
581 Energiewende bekannt.

582 Für die Umsetzung der Energiewende ist es von großer Bedeutung, dass sich die  
583 staatlichen Stellen nicht nur verbal, sondern auch durch aktives Handeln für  
584 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz engagieren.

585 Dabei geht es vor allem um das Handeln in eigenen Bereich. Wir wollen, dass die  
586 Dachflächen der staatlichen Gebäude zur Nutzung der Sonnenenergie vollständig  
587 genutzt werde. Die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude muss  
588 vorangetrieben und dabei auch alle Möglichkeiten der Stromeinsparung und der  
589 effizienten Stromnutzung umgesetzt werden. Der Restbedarf an Raumwärme soll über  
590 100 % erneuerbare Energien erfolgen.. Bei der Beschaffung bzw. Ausschreibung von  
591 Gütern und Dienstleistungen müssen ökologische Kriterien, wie etwa der  
592 Energieverbrauch über den gesamten Lebenszyklus, stärker berücksichtigt werden.  
593 Alle staatlichen Gebäude sollen zukünftig mit echtem Ökostrom aus jüngeren EE-  
594 Anlagen beliefert werden.

595 Wir wollen, dass der Freistaat die Kommunen unterstützt, damit auch diese in  
596 ihren Liegenschaften die Energiewende zügig umsetzen. Dafür wollen wir  
597 flächendeckend vom Land finanzierte kommunale Klimaschutzmanager\*innen  
598 einsetzen.

599

600 Unser Ziel ist eine in der Gesamtbilanz klimaneutrale Öffentliche Hand bis 2030.

## 601 10. Die Energiewende – Eine Frage der Gerechtigkeit und 602 Zusammenarbeit

603 Wir machen die Energiewende zu einem Gewinn für alle. Während der Ausbau  
604 Erneuerbarer Energien zwar allgemein von den allermeisten Menschen befürwortet  
605 wird, sieht die Mehrheit einen Mangel an Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten.  
606 Unabhängig der Alters-, Einkommens- oder Bildungsgruppe wird die Energiewende in  
607 ihrer jetzigen Umsetzung mehrheitlich als ungerecht empfunden.

608 Wir wollen die Energiewende auf zwei Ebenen gerechter machen: Zunächst setzen  
609 wir uns dafür ein, dass gerade die Menschen, die nicht aktiv an der Energiewende  
610 teilhaben können, trotzdem von ihr profitieren. Dazu müssen wir die Kosten der  
611 Energiewende neu verteilen. Indem wir die Ausnahmen für die energieintensive  
612 Industrie bei der Zahlung der EEG-Umlage zurückfahren, die Einnahmen aus dem  
613 CO<sub>2</sub>-Emissionshandel gezielt den einkommenschwachen Haushalten rückführen und  
614 einen Teil der EEG-Vergütung aus dem Haushalt finanzieren, verhindern wir  
615 ungleiche Belastungen. Mit einem funktionierenden Mieterstromgesetz sollen  
616 künftig auch Menschen ohne Eigenheim von günstigem Solarstrom profitieren.

617 Durch passgenaue Förderprogramme wollen wir den Ersatz stromhungriger Geräte in  
618 den Haushalten ermöglichen, die sich keine effizienten Neuanschaffungen leisten  
619 können. Und durch den Ausbau von Energieagenturen in allen Landkreisen und  
620 kreisfreien Städten schaffen wir ein Beratungsangebot für mehr  
621 Verbraucher\*innenschutz in ganz Bayern. Ein dazugehöriges Unterstützungs- und  
622 Vermittlungsprogramm bei drohenden Stromsperrern soll Energiearmut verhindern.

623 Auf der zweiten Ebene wollen wir mit eben jenem Netz an Energieagenturen die  
624 Menschen wieder dazu animieren, aktiv an der Energiewende teilzunehmen. Viele  
625 Menschen wollen investieren, fühlen sich aber bei der Entscheidung für den  
626 richtigen Weg überfordert. Eine unabhängige Beratung kann sowohl bei der  
627 Identifizierung von passenden Förderprogrammen als auch bei der Wahl der  
628 richtigen Technologien unterstützen. Die Regionalen Energieagenturen können die  
629 Bürger\*innenschaft mit den wirtschaftlichen und kommunalen Akteuren näher  
630 zusammenbringen. Eine beteiligungsfreundliche Form der Finanzierung von  
631 Solaranlagen auf Schuldächern oder Gewerbehallen ist nur ein Beispiel der vielen  
632 Vorteile einer solchen Zusammenarbeit.

633 Die Landesenergieagentur wollen wir umbauen, finanziell besser ausstatten, das  
634 sie sich viel stärker um den Ausbau regionaler Strukturen kümmert und  
635 bürger\*innennahe Angebote und Hilfestellungen entwickelt kann.

## 636 11. Rahmenbedingungen ändern

637 Die Stromwirtschaft hat sich mit der Liberalisierung des Strommarkts 1998  
638 deutlich gewandelt. Der Versuch, die Energiewende zu steuern, hat in den

639 vergangenen Jahren zu einer kaum mehr zu überblickenden Gesetzes- und  
640 Regelungsflut geführt. Ursache dafür ist die seit Jahren anhaltende Situation,  
641 dass in einen – mit fossilen und nuklearen (und steuerlich längst  
642 abgeschriebenen) Kraftwerken – übersättigtem Strommarkt jetzt neue, saubere,  
643 erneuerbare Technologien gebracht werden sollen. Ohne eine Stilllegung der alten  
644 Kraftwerke führt dieser Versuch, den Strommarkt zu lenken, zu einer Fülle von  
645 Regelungen. Beispielhaft sei nur genannt, dass im normalen Haushaltsstrompreis  
646 mittlerweile acht staatliche Steuern und Umlagen, sowie zwei Netzentgelte  
647 enthalten sind. Aber auch für Betreiber von EE-Anlagen ist der bürokratische  
648 Aufwand enorm gestiegen.

649 Die Fülle der neuen Regelungen auf Bundesebene haben zu einer  
650 Unübersichtlichkeit der Regelungen geführt, die für alle beteiligten Unternehmen  
651 einen immensen Aufwand ausgelöst haben. Beispielhaft dafür steht das EEG,  
652 welches mit über 100 Paragraphen zu einem bürokratischen Ungetüm mit  
653 undurchschaubaren Vorschriften verkommen ist.

654 Es fehlt an einer klaren Orientierung zum Klimaschutz.

655 Wir unterstützen daher die Idee einer nationalen CO<sub>2</sub>-Abgabe, die Schluss macht  
656 mit tausenden Einzelregelungen. Eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe ist deshalb ein gutes  
657 Instrument, weil sie sich an den tatsächlichen Verursachern des Treibhauseffekts  
658 orientiert und damit sinnvoll lenkend den Markt beeinflusst. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist  
659 keine zusätzliche Abgabe, sie ersetzt den bisherigen „Wildwuchs“ an  
660 verschiedenen Umlagen im Strombereich. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe soll zukünftig in  
661 vorhersehbaren und geplanten Schritten steigen, um die Lenkungswirkung voll zu  
662 entfalten. Zudem wird die Reduzierung auf eine Abgabe den Bürokratieaufwand  
663 deutlich absenken.

664 Wir unterstützen die Bemühungen zu einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu kommen und setzen  
665 uns für eine CO<sub>2</sub>-Steuer bzw. kurzfristig für eine Änderung der Energiesteuern  
666 ein. Diese Besteuerung muss in vorhersehbaren und geplanten Schritten steigen,  
667 um die Lenkungswirkung voll zu entfalten. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung muss sich  
668 perspektivisch an den zu erwartenden Folgekosten der Treibhausgasemissionen  
669 orientieren.

670 Die Kosten für den Umbau des Energiesystems sind nicht gerecht verteilt.  
671 Großverbraucher und energieintensive Industrie werden durch verschiedene  
672 Regelungen massiv subventioniert. Privathaushalte, Kleingewerbe und Mittelstand  
673 tragen die Hauptkosten. Diese Subventionierung einerseits und die ungerechte  
674 Verteilung zu Lasten von Privatpersonen und Mittelstand muss schrittweise aber  
675 konsequent abgebaut werden.

676 Für Privatpersonen und kleinere Unternehmen sind Investitionen in Erneuerbare  
677 Energien in den letzten Jahren unattraktiv geworden, weil der damit verbundene  
678 bürokratische Aufwand mit Meldepflichten, steuerlichen Fragen und ähnlichem  
679 gewaltig zugenommen hat. Eine Entbürokratisierung für Kleininvestor\*innen ist  
680 dringend nötig.

681 In Bayern wollen wir ein Bayerisches Klimaschutzgesetz, in dem u.a. auch für den  
682 Strombereich klare Zielsetzungen und die Entwicklung von konkreten Maßnahmen  
683 gesetzlich verankert werden. Dazu gehört auch, dass Kommunen, die über 5000  
684 Einwohner haben, soweit noch nicht erfolgt, ein Klimaschutzkonzept erstellen.

685 Kommunale Klimaschutzmanager füllen die Konzepte mit Leben und beraten die  
686 Bürger. Ab einer Größe von 10.000 Einwohner ist eine Vollzeitstelle für einen  
687 Klimaschutzmanager einzurichten.

## 688 V. Global denken, lokal handeln

689 Die Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien ist machbar,  
690 wenn wir nur wollen. Unser heutiges Wirtschaften ist nicht nachhaltig und  
691 verschiebt die massiven negativen Auswirkungen auf zukünftige Generationen.

692 Vorstellungen eines grenzenlosen und ewig währenden Wirtschaftswachstums sind  
693 mit einer Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien nicht vereinbar. Wir müssen  
694 lernen, stärker darauf zu achten, welche Folgen unser Lebensstil auf unsere  
695 Umwelt und auf die Umwelt anderer hat und entsprechend anzupassen. Es gilt, eine  
696 gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, die sich nicht nur an dem Möglichen  
697 orientiert, sondern an dem, was wir als Gesellschaft wirklich brauchen und  
698 wollen. Der Gedanke der Suffizienz wird hier eine große Rolle spielen.

699 Die negativen Klimafolgen verstärken sich von Jahr zu Jahr und werden immer  
700 unkontrollierbarer. Betroffen sind in besonderem Maße die armen Länder des  
701 Südens. Diese Länder haben selbst an der Klimakrise nahezu keine Schuld. Die  
702 Lebensbedingungen verschlechtern sich jedoch in ihren Ländern teilweise massiv  
703 und die Anzahl der Klimaflüchtlinge steigt an. Fluchtursachen bekämpfen heißt  
704 neue, nachhaltige Wirtschaftsweisen zu etablieren, um einerseits diese Länder  
705 durch Technologietransfer direkt zu stärken und andererseits aktiven Klimaschutz  
706 zu betreiben. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, getreu nach dem Motto:  
707 global denken, lokal handeln.



708 **UNSERE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN:**

- 709 1. Erneuerbare Energien in Bayern bis 2030 verdoppeln - Abschaffung der 10H-  
710 Regel, Einführung Solarpflicht, Ausweisung von Flächen im  
711 Landesplanungsgesetz
- 712 2. Änderung der bundesweiten Ausschreibungsbedingungen für Erneuerbare  
713 Energien (Ausbaukorridor erhöhen, Regionalisierung einführen und De-  
714 Minimis-Regelung ausweiten)
- 715 3. Biomassennutzung flexibilisieren und ökologisieren
- 716 4. Atomausstieg beschleunigen und Kohleausstieg zügig durchziehen
- 717 5. Verteilnetze und Übertragungsnetz den erneuerbaren Energien anpassen
- 718 6. Klare langfristige Rahmenbedingungen für Stromspeicher schaffen
- 719 7. Nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe einführen (und dafür andere Abgaben abschaffen)
- 720 8. In allen staatlichen Liegenschaften eine vorbildliche Energieversorgung  
721 etablieren (z.B. Stromeinsparung, 100 % Erneuerbaren Energien)
- 722 9. Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen
- 723 10. Ein wirksames und verbindliches bayerisches Klimaschutzgesetz  
724 verabschieden, welches die Einhaltung des 1,5 °Grad Ziels von Paris  
725 sicherstellt.

## Begründung

keine